



LANDTAG  
Mecklenburg-Vorpommern

# LANDTAGS NACHRICHTEN

12. Dezember  
8/2024  
[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Aktuelle Stunde: Vom mutigen Umbruch zum Aufbruch in Freiheit +++ Schulgesetznovelle  
+++ Aussprache zur Regenbogenfahne +++ Debatte Über Corona-Soforthilfen +++ Schutz jüdischer Gemeinschaft +++ Neuer  
Konferenzbereich eingeweiht +++ Trauerstaatsakt für Rainer Prachtl +++ Kalender-Quiz +++



3	AUS DEM PLENUM Aktuelle Stunde	“Vom mutigen Umbruch zum Aufbruch in Freiheit – 35 Jahre friedliche Revolution“ (auf Antrag der Fraktion der SPD)
4 - 10	Auszüge aus der Originaldebatte	Thomas Krüger (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Nikolaus Kramer (AfD), Daniel Peters (CDU), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP)
11 – 22	Berichte	Schutzstatus des Wolfes soll gesenkt werden Landesregierung stellt Schulgesetznovelle vor Aussprache zur Regenbogenfahne Debatte über Corona-Soforthilfen Mehr Landesengagement bei Migration und Integration gefordert Klimaschutzgesetz-Entwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gescheitert
22- 25	Meldungen	Schutz jüdischer Gemeinschaft soll Staatsziel werden Kritik an Krankenhausreform Unbeschäftigte Jugendliche in Arbeit bringen Neue Option für Moornutzung Mehr ökonomische Bildung in Schulen gefordert Bessere Bürgerteilhabe bei Wind- und Solarenergie Jugend bei sozialem Engagement stärken
26 - 30	Befragung der Landesregierung	
30 - 32	Panorama	Neuer Konferenzbereich eingeweiht Tag der offenen Tür 2025 Zeitplan 2025
33	Gesetzgebung	
34 - 36	Ausschüsse	Petitionsausschuss bei Ortstermin in Neu Jabel Innenausschuss bei Hochschule für öffentliche Verwaltung Rechtsausschuss in der JVA Bützow Altenparlament
37	Trauerstaatsakt	Zu Ehren des ersten Landtagspräsidenten Rainer Prachtl
38-39	Zum Jahresende	Höfische Weihnacht 2025 Kalender-Quiz
40	Chronik	

## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern  
- Öffentlichkeitsarbeit -  
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151  
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
Internet: www.landtag-mv.de

### Redaktion:

Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Anna-Maria Leistner  
Referatsleiter: Julien Radloff  
Autoren: Jacqueline Myrrhe,  
Joachim Mangler  
**Layout:** produktionsbüro TINUS  
**Druck:** produktionsbüro TINUS  
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.  
Redaktionsschluss \*\*\*



Grafik: Friedlich demonstrierende Bürgerinnen und Bürger.

produktionsbüro TINUS

## Aktuelle Stunde: Vom mutigen Umbruch zum Aufbruch in Freiheit

Erinnerung an friedliche Revolution in der DDR vor 35 Jahren

Jubelnde Menschen auf der Berliner Mauer. Diese Bilder werden den Menschen, die dabei waren oder das Geschehen im TV verfolgt haben, wohl nie aus dem Kopf gehen.

Der SPD-Abgeordnete **Thomas Krüger** hat den Mut und den Willen der Menschen in Ostdeutschland gewürdigt, die zum Fall der Mauer 1989 geführt haben. „Mauer und Stacheldraht wurden vom Osten her eingerissen“, sagte Krüger in einer von der SPD-Fraktion beantragten aktuellen Stunde. Es sei heute jedoch nicht mehr selbstverständlich, in einem Land zu leben, in dem Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit herrschten. „Auch bei uns werden diese Freiheitsrechte von Rechtsaußen angegriffen“, betonte Krüger.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) erinnerte daran, dass viele Menschen nicht das Gefühl haben, Teil einer gelebten Demokratie zu sein. „Ich bin fest davon überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass wir wieder mehr zusammenfinden.“ Die Dialogbereitschaft und Diskussionsfreude der Aktiven von 1989 seien ein Vorbild für die heutige Zeit. Es könne aber keine Zusammenarbeit mit denen geben, die die freiheitliche Grundordnung in Frage stellen.

„Die friedliche Revolution in Ostdeutschland markiert einen historischen Aufbruch unseres Landes, dem die heutige politische Kaste der Altparteien aber keineswegs gerecht wird“, erklärte der AfD-Fraktionsvorsitzende **Nikolaus Kramer**. Diese schmückten sich mit den Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung, ohne einen Hauch von Demut oder Selbstreflexion zu zeigen. Das Land sei gespalten, betonte Kramer.

Der Fall der Mauer hat nach Ansicht des CDU-Fraktionsvorsitzenden **Daniel Peters** für viele Menschen eine Zeit der Lebensbrüche eingeleitet. Dies werde zu wenig gewürdigt und erwähnt. „Diese Lebensbrüche waren für viele hart, sehr hart, für manche auch zu hart“, sagte Peters. Angesichts dessen würden ihn die manchmal geäußerte Geringschätzung dieser Lebensleistung aus westdeutscher Perspektive verstören.

„Freiheit ist ein großes Wort, es bedeutet nicht nur Reise- und Meinungsfreiheit. Freiheit bedeutet auch Selbstverwirkli-

chung, bedeutet soziale Sicherheit, Chancengleichheit, bedeutet ein gutes Leben ohne Angst vor Armut“, sagte die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**. Aber bis heute gebe es erhebliche Unterschiede in den Sozialstrukturen. Solange es diese Benachteiligungen gibt, bestehe die Gefahr, dass die Demokratie weiter unter Druck gerät.

**Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) warf einen persönlichen Blick auf die Geschehnisse am 9. November 1989. „Das war unser Credo: Gewaltfrei für Demokratie, gewaltfrei für Freiheit.“ Dies sei die Erkenntnis, die bis heute trage: Am Ende gehe es um den Erhalt der Freiheit. Im Grundgesetz seien wichtige Errungenschaften der Freiheit und Menschheitsgeschichte aufgeschrieben.

„Die DDR war ein Unrechtsstaat“, sagte der Vorsitzende der FDP-Fraktion, **René Domke**. Die Verbrechen des SED-Regimes müssten deutlich benannt werden, gegen jede Form der Verharmlosung müsse vorgegangen werden. Ohne Aufarbeitung könne es keine Versöhnung geben. Freiheit und Demokratie seien keine Selbstverständlichkeit, sie seien das kostbare Erbe jener, die in der DDR den Mut zur Veränderung hatten.

## ■ Thomas Krüger, SPD

### „Werden Sie aktiv für die Demokratie.“



Foto: Landtag MV

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Mauer und Stacheldraht wurden vom Osten her eingerissen. Vom Osten her konnten wir Mauern und Stacheldraht nur einreißen, weil wir wussten, dass es auf der anderen Seite eine Politik gibt, Politiker gibt, die dazu gestanden haben, dass es [...] Menschen gab auf der anderen Seite, die mehrheitlich in der übergroßen Mehrzahl die deutsche Einheit wollten. [...]

Der 9. Oktober 1989 [...] war, wie wir heute wissen, ein entscheidender Tag. Woche für Woche davor ist das Demonstrationsgeschehen, insbesondere in Leipzig, größer geworden. Die SED-Führung und die Staatssicherheit wollten diese Demonstrationen – und so hieß der Befehl – „mit allen Mitteln“ unterbinden, um die Kontrolle zu behalten. Im Vorfeld dieser Demonstration sind NVA-Einheiten [...] nach Leipzig beordert worden. Und die haben in den Nebenstraßen gestanden, und die Leipziger haben das gesehen und [...] gewusst.

[...] Trotzdem sind die Demonstranten auf die Straßen gegangen. [...]

Gegen 70.000 Menschen, die friedlich mit Kerzen in der Hand demonstrierten, konnte dann die Staatsführung auch nichts mehr ausrichten.

Dem ehemaligen Chef, das habe ich hier in einer früheren Rede schon mal gesagt, dem ehemaligen Chef der DDR-Volkskammer [Horst Sindermann] wird folgendes Zitat zugewiesen: „Wir hatten alles geplant, wir waren auf alles vorbereitet, nur nicht auf Kerzen und Gebete.“ [...]

Dann kam der Fall der Mauer, unbändige Freude bei Millionen Deutscher, unbändige Freude auch bei mir. [...]

Nach der staatlichen Einheit erlebten viele ostdeutsche Familien schwere Jahre, Arbeitslosigkeit, die vor keiner Familie in unserem Land Halt gemacht hat. In meinem Kreis gab es damals eine offizielle Arbeitslosenrate von über 30 Prozent. [...]

Diese schwierige Situation der Massenarbeitslosigkeit haben wir zum Glück überwunden. Auch unseren Städten und Gemeinden sieht man inzwischen an, dass es uns besser geht.

[...]

Dennoch [...] hat diese schwierige Zeit etwas mit den Menschen gemacht. [...] Die Menschen haben erlebt, wie tief eine Gesellschaft abstürzen kann. Und das wollen sie nie wiederhaben. Deshalb muss es Aufgabe der Politik sein, Orientierung zu geben und für Zukunftssicherheit zu sorgen. Dass uns das zumindest für die Landespolitik gelingt, da bin ich zuversichtlich.

*(Zuruf vonseiten der Fraktion der AfD: Na!)*

[...] Wir leben heute in einem vereinten Deutschland. Die von uns damals so ersehnten Grundrechte des Grundgesetzes sind heute für uns eine Selbstverständlichkeit. Aber genau diese Selbstverständlichkeit ist es, die mir Sorge macht. Es ist eben nicht selbstverständlich, dass wir in einem Land leben, in dem Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz gelebt wird.

Auch bei uns werden diese Freiheitsrechte, [...] von rechts außen angegriffen. [...]

Lag 1989 die Herausforderung darin, diese Freiheiten zu erreichen, so liegt heute die Herausforderung darin, diese Freiheiten zu verteidigen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und René Domke, FDP)*

Freiheit und Demokratie zu verteidigen, das werden wir hier nicht allein im Saal schaffen. [...] Das ist nicht alleine durch unsere Debatten möglich. Es braucht Demokratinnen und Demokraten in der Breite des Landes. [...] Deshalb kann ich die Menschen nur auffordern, es ist Ihr Land, es ist Ihr Staat, es sind Ihre Grundrechte, werden Sie aktiv für die Demokratie!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP – Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Enrico Schult, AfD)*

## ■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

„Wir haben noch viel vor, und es bleibt viel zu tun.“



Foto: Landtag MV

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der 9. November steht wie kein anderer Tag für das Dunkle und das Helle in der deutschen Geschichte, der 9. November 1938 mit der Reichspogromnacht – und wir werden noch Möglichkeiten haben, wenn es um die Änderung der Landesverfassung geht zum Schutz des jüdischen Lebens in unserem Land, darauf zu sprechen zu kommen – und der 9. November 1989, die friedliche Revolution, die uns den Weg geebnet hat in ein wiedervereinigtes Deutschland, in Demokratie und Freiheit und die Grundlage für die Gründung unseres schönen Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern war [...]

Es ist wichtig, dass wir heute hier im Landtag an die friedliche Revolution und vor allem an die Menschen, die diese friedliche Revolution ermöglicht haben, erinnern. Ich freue mich auch, dass Zeitzeugen heute bei dieser Debatte dabei sind. Überall in Mecklenburg und Vorpommern haben die Menschen dazu beigetragen, die Diktatur und die innerdeutsche Grenze zu Fall zu bringen. Das ist ein Grund zu feiern und etwas, worauf wir stolz sein können und was wir bewahren müssen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Daniel Peters, CDU)*

[...] Sehr geehrte Abgeordnete, daran zu erinnern, ist deshalb so wichtig, weil es zum Glück immer mehr Generationen gibt – wie auch die Berufsschülerinnen und -schüler, die hier sind und diese Debatte verfolgen –, für die es ganz selbstverständlich ist, dass wir heute frei reisen können, dass wir frei unsere Meinung sagen können, dass frei demonstriert werden kann, dass es freie Wahlen gibt, dass es die freie Presse gibt. [...]

Denn auch das, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, ist eine Lehre aus der friedlichen Revolution 1989: Nie wieder Diktatur in Deutschland, nie wieder staatliches Unrecht! Und das war auch ein wichtiges Anliegen der Verfassungskommission für Mecklenburg-Vorpommern und prägt unsere Landesverfassung. [...]

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben seit der friedlichen Revolution viel geschafft. Und beim Bürgerfest am Tag der Deutschen Einheit haben wir das gemeinsam in Schwerin mit ganz Deutschland und internationalen Gästen gefeiert. 200.000 Menschen sind zusammengekommen. Sie haben friedlich, fröhlich und sicher gefeiert. [...]

Und trotzdem gibt es 35 Jahre nach der friedlichen Revolution immer noch Benachteiligungen, mit denen wir uns nicht abfinden dürfen. Bis heute sind die Löhne in Ostdeutschland niedriger als im Westen, obwohl mehr gearbeitet wird. Immer noch hat kein einziger DAX-Konzern seinen Sitz in den ostdeutschen Bundesländern. Viele Menschen haben nach der Wende Umbrüche, Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Abwertung erlebt. [...] Deshalb ist es unsere wichtigste Aufgabe im Land, alles dafür zu tun, dass das Land sich weiter wirtschaftlich gut entwickelt, dass Arbeitsplätze gesichert werden und neue entstehen.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, 35 Jahre, das ist nur der Anfang. Das ist mein Wunsch für unser Land. Wir haben noch viel vor, und es bleibt viel zu tun. Wir stehen heute als Demokratinnen und Demokraten auf den Schultern derjenigen, die 1989 mutig gegen Diktatur und Unrecht protestiert haben, und auf den Schultern der Menschen, die in den vergangenen 35 Jahren ein neues, demokratisches, starkes und schönes Mecklenburg-Vorpommern aufgebaut haben. Das Erbe der friedlichen Revolution ist unser Vermögen und unsere Verpflichtung. Lassen Sie uns unser Land Mecklenburg-Vorpommern in diesem Geist von Aufbruch und Demokratie weiter gemeinsam gestalten! – Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE, FDP und auf der Besuchertribüne)*

## ■ Nikolaus Kramer, AfD

„Demokratie lebt nicht nur von salbungsvollen Schlagworten.“



Foto: Landtag MV

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] Ich kann mich erinnern, wie meine Eltern zur Montagsdemonstration gegangen sind in Greifswald, sich von uns Kindern verabschiedet haben, weil die Gefahr bestand, dass man eben nicht mehr nach Hause kommt.

[...] das alles passierte zunächst im Geheimen, im Kleinen [...] Aber dieser Freiheitswille des deutschen Volkes lässt sich nicht unterdrücken, nicht durch Mauern, nicht durch Ketten und nicht durch Verbote.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Und wir reden [...] heute über eine Nacht, von der kaum jemand je zu träumen gewagt hätte [...] Dieser 9. November war ein Moment der Geschichte, der aus Mut, Entschlossenheit und der tiefen Sehnsucht nach Freiheit geboren wurde. [...] Die Mauer, welche einst unüberwindbar schien, begann zu bröckeln und mit ihr die politischen Mächte, die diese Trennung [...] stützten.

„Wir sind das Volk!“ erschallte es auf den Straßen – ein Ruf, der die Sehnsucht nach einem unverkrampften und stolzen Verhältnis zur eigenen Identität und Kultur zum Ausdruck brachte. [...] Wir achten das, was unsere Vorfahren schufen [...] was wir selbst geschaffen haben [...] was unsere Nachkommen schaffen werden.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

[...] Die friedliche Revolution [...] markiert einen historischen Aufbruch unseres Volkes, [...] dem die heutige politische Kaste der Altparteien aber keineswegs gerecht wird. Sie schmücken sich hier mit den Errungenschaften [...] ohne dabei auch nur einen Hauch von Demut und Selbstreflexion an den Tag zu bringen.

*(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

[...] Mutige und kritische Bürger, die für ihre Überzeugung auf die Straße gehen, Menschen, die Freiheit als Wert verstehen, der immer wieder erkämpft werden muss – dass Ihnen das zuwider ist, stellen Sie doch heute täglich mit Ihrer Hetze und Diffamierung gegen die Opposition in diesem Land unter Beweis.

*(Julian Barlen, SPD: Sagt derjenige, der die Freiheitsrechte mit Füßen tritt.)*

Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung taugen Ihnen doch nur als Schlagworte, um Ihre linksideologische Diskurs-  
hoheit zu zementieren. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Thore Stein, AfD: Genau!)*

Sie stellen sich hier hin und reklamieren für sich die Deutungshoheit über die Freiheitsbewegung von 1989, die sich gegen ein unterdrückerisches Regime gewehrt hat. Und was erleben wir heute?

*(Julian Barlen, SPD: Sie stehen frei am Pult und erzählen alles, was Sie wollen.)*

Altparteienpolitiker,

*(Zuruf von Julian Barlen, SPD)*

die offen das Verbot der größten Oppositionspartei in diesem Land fordern, die mit dem Verfassungsschutz einen Geheimdienst instrumentalisieren, der Telefone und Internetverbindungen überwacht, Oppositionelle observiert und wo nonkonforme Zeitschriften durch eine SPD-Bundesinnenministerin verboten werden [...]

Meine Damen und Herren, als Regierungspartei [...] müssen Sie sich doch auch daran messen lassen, inwieweit Ihre Politik und Ihr Demokratieverständnis dem Erbe des 9. Novembers 1989 tatsächlich gerecht werden. [...] Was konstituiert für Sie denn überhaupt ein starkes und plurales Gemeinwesen, wenn die politische Rechte in ihm gar keinen Platz haben soll?

[...] Demokratie lebt nicht nur von salbungsvollen Schlagworten und pathetischen Begriffswolken [...] sie lebt von der Konsensstörung [...] und vom kultivierten Dissens.

*(Julian Barlen, SPD: Die Betonung liegt auf „kultiviert“)*

Nicht entpolitisierte Harmonie ist die Säule der Demokratie, sondern der Wettstreit um die besten Ideen [...] unter Respekt der politischen Konkurrenten.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Jens-Holger Schneider, AfD: Genau so! – Jan-Phillip Tadsen, AfD: So ist das!)*

Meine Damen und Herren, unser Land ist zweifellos gespalten, doch während für Sie diese Spaltung unangenehm ist [...] sehen wir mit dem Aufkommen neuer politischer Kräfte eine vitale Belebung des politischen Meinungsklimas.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Genau! – Enrico Schult, AfD: Sehr richtig!)*

[...] Der Aufbruch von 1989 ist aller Ehren wert und verdient [...] vollste Anerkennung, doch dass ausgerechnet Sie [...] sich als Verteidiger dieser Tradition [...] aufschwingen, ist nichts weiter als Heuchelei. – Danke schön!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

## ■ Daniel Peters, CDU

„Ich plädiere nach wie vor für eine weitere Aufarbeitung der DDR-Geschichte.“



Foto: Landtag MV

Am 9. November 1989 beginnt die „Aktuelle Kamera“, so mag man formulieren, mit business as usual – eine Nachricht aus dem SED-Zentralkomitee: Mitte Dezember solle die IV. Parteikonferenz stattfinden, die aktuelle Lage in der Partei soll erörtert werden und man soll die Situation im Land einschätzen, und letztlich ging es um die Vorbereitung des XII. Parteitages. Wir wissen, nichts davon ist je passiert. Gut so!

Die nächste Nachricht, die ereilte uns, oder damals die Menschen, war die berühmte Pressekonferenz von Günter Schabowski. Das Ende der DDR wird eingeleitet. [...]

Und ich finde, es wird bis heute hin zu wenig gewürdigt und zu wenig erwähnt, welche Lebensbrüche wir Ostdeutschen – ich nehme mich mal als Kind in dieser Situation ein Stück weit zurück, weil als Kind hat man nur einen, ich sag mal, begrenzten Lebensbruch wahrgenommen –, aber diese Lebensbrüche werden bis heute hin zu wenig gewürdigt. [...]

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, gemeinsam auch im Landtag darüber nachdenken, wie wir die Geschichte nach 1990 stärker beleuchten können und so dafür Sorge tragen, dass Missverständnisse zwischen Ost und West in Zukunft keine Rolle mehr spielen und wir unseren Beitrag zur echten Vollendung der Einheit leisten können!

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

Ich plädiere aber nach wie vor auch für eine weitere Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die nicht damit enden kann, im Landtag Reden zu halten oder auch andernorts. Die Landesregierung begrüßt etwa regelmäßig das Engagement der Ehrenamtlichen in den Gedenkstätten. Es fehlt aber vielfach an praktischer Unterstützung – meine Fraktion hat hierzu am Freitag einen Antrag auf die Tagesordnung gebracht.

Und ohne ausreichende Förderung, meine Damen und Herren – das müssen wir konstatieren –, wird die Erinnerung an das SED-Unrecht in Mecklenburg-Vorpommern verblassen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass der Blick auf die DDR nicht nur Nostalgie bedient und im kollektiven Gedächtnis

mehr verbleibt als Jägerschnitzel, Sandmännchen und unverwüsthliche Mopeds. Denn, auch wenn es manche nicht mehr hören können oder wollen, die DDR war eine Diktatur mit systematischer Unterdrückung der Freiheit. Herr Krüger hat es erwähnt.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Andersdenkende wurden verfolgt, entrechtet und auch getötet. 40 Jahre lang hat die DDR von sich behauptet, demokratisch zu sein. Sie war es nie, sie war das Gegenteil davon. Sie war auch wirtschaftlich am Ende, und das nicht erst 1989. Auch wenn politische Kräfte wider besseres Wissen das Gegenteil behaupteten und noch heute behaupten, war früh klar, dass die DDR-Bürger sich weder frei entfalten konnten noch wirtschaftlich gegenüber dem Westen mithalten. Der Mythos des besonderen, des besseren Zusammenhalts unter den Menschen hält sich bis heute hartnäckig, doch wenn wir ehrlich sind, fand dieser seinen Grund vor allem in der Mangelwirtschaft.

[...] Es waren letztlich die Ostdeutschen selbst – und auch das hat Kollege Krüger sehr gut herausgearbeitet –, die die DDR zu Fall gebracht haben. Es ist immer noch wichtig und bleibt für immer wichtig, Danke zu sagen und die vielen Opfer dieser Diktatur zu würdigen und nicht zu vergessen. Ohne sie würden wir hier nicht zusammensitzen, ohne sie würden wir die Errungenschaften der Demokratie und auch des Wohlstands nicht erleben dürfen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und René Domke, FDP)*

Sie ebneten letztlich auch den weiteren Weg zum vereinigten Deutschland.

Zu den Mutigen und Entschlossenen gehörte dann auch der Kanzler der Einheit. Und es war ein großer Glücksfall, dass in diesem Augenblick Helmut Kohl Bundeskanzler war und nicht der Ehemann von Sahra Wagenknecht. Ich weiß nicht, ob wir heute gemeinsam in diesem Parlament säßen, ich weiß nicht, ob der eine oder andere dann die Chance gehabt hätte, in Mecklenburg-Vorpommern seinen Weg zu gehen. Vielleicht hätte der SPD-Fraktionsvorsitzende seine Karriere in Nordrhein-Westfalen gemacht, viele Mitglieder dieses Kabinetts säßen auch wahrscheinlich heute nicht hier.

## ■ Jeannine Rösler, Die Linke

### „Das Vermächtnis der friedlichen Revolution“



Foto: Landtag MV

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

[...] Der Mut der Menschen vor 35 Jahren und in den Jahren davor ist unvergessen und beeindruckt bis heute. Neue Parteien, Organisationen, Runde Tische sind entstanden, auf Massendemonstrationen wurde ohne Furcht das Machtsystem der SED infrage gestellt. Und bis heute ist es schier unglaublich, dass es den Menschen gelang, auf absolut friedliche Weise die Mauer zum Einsturz zu bringen. „Keine Gewalt“ war die Devise.

Am Anfang der Demonstrationen [...] ging es noch nicht um die deutsche Einheit, aber es war klar, dass die Verhältnisse, so, wie sie in der DDR waren, nicht mehr weiter Bestand haben konnten und auch nicht mehr Bestand haben durften. Es gab ein ganz starkes Gefühl der Selbstermächtigung. Stefan Heym sagte am 4. November in Berlin, das Volk habe die Sprachlosigkeit überwunden und den aufrechten Gang erlernt. Und die von Gorbatschow eingeleitete Perestroika und Glasnost, aber auch von Solidarność in Polen, das waren die entscheidenden Impulse für das Aufbegehren in der DDR.

Die Flucht der Menschen in bundesdeutsche Botschaften und die Grenzöffnung in Ungarn taten ein Übriges, die Glut der friedlichen Revolution zum Lodern zu bringen. Sie war ein gewaltiger Umbruch, dem ein Aufbruch in eine Zeit folgte, die neu war, die friedlich war, die freiheitlich war. Die Menschen haben echte Demokratie, freie Wahlen und die Reise- und Meinungsfreiheit gefordert. Die spätere Erkenntnis, dass Freiheit ohne soziale Gerechtigkeit wenig wert ist, sollte Maßstab sein, wenn wir über die Herausforderungen sprechen, vor denen wir heute stehen.

[...] Jahrestage wie dieser sind Anlass, das Positive der Geschichte herauszustellen und die demokratischen Errungenschaften zu feiern, und das ist gut so! Wir brauchen diese Erzählungen von Demokratie und Mut, von Veränderungen und Aufbruch in eine freiheitliche, rechtsstaatliche Gesellschaft [...] Die Geschichte der friedlichen Revolution, des Mauerfalls und der Wiedervereinigung ist jedoch unvollständig, wenn wir sie ausschließlich als Erfolgsgeschichte erinnern und erzählen [...] Große Hoffnungen waren damals

nicht selten verbunden mit Enttäuschungen, Versäumnissen, Herabwürdigung und nicht gehaltenen Versprechungen.

Nehmen wir dieses nicht nur zur Kenntnis, sondern ziehen wir daraus die richtigen Lehren, denn dies ist umso wichtiger, weil wir in einer gesellschaftlichen Krise stecken! [...]

Freiheit ist ein so großes Wort. Es bedeutet nicht nur Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, Freiheit bedeutet auch Selbstverwirklichung, bedeutet soziale Sicherheit, Chancengleichheit, bedeutet ein gutes Leben ohne Angst vor Armut. Diese Perspektiven von Freiheit haben sich nicht für alle erfüllt. Bis heute gibt es erhebliche Unterschiede in der Sozialstruktur. Die Geldbeutel in Ostdeutschland sind deutlich schmaler und die Wohlstandspolster spürbar dünner – fast 30 Prozent arbeiten im Niedriglohnsektor. Die innerdeutsche Vermögensmauer ragt weiterhin steil empor, wie es der Soziologe Steffen Mau in seinem Buch „Ungleich vereint“ beschreibt [...] Zudem liegt der Anteil der Ostdeutschen an Spitzenjobs in Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Justiz immer noch weit unter ihrem Bevölkerungsanteil [...]

Meine Damen und Herren, solange es diese Benachteiligungen gibt, besteht die Gefahr, dass die Demokratie weiter unter Druck gerät. Geist und Gedanken und das Vermächtnis der friedlichen Revolution ermutigen uns, nicht nachzulassen im Ringen um gleichberechtigte Teilhabe, im Ringen um soziale Gerechtigkeit, um Bildungschancen und ein würdevolles Leben für alle.

*(Beifall vonseiten der  
Fraktionen der SPD, DIE LINKE,  
Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
und René Domke, FDP)*

## ■ Dr. Harald Terpe, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### „Das ist das Erbe aus der friedlichen Revolution.“



Foto: Landtag MV

[...] es gibt Tage und Zeiten, deren Ereignisse sich in das kollektive Gedächtnis [...] einer ganzen Menschengeneration einprägen. Einer dieser Tage ist der 9. November 1989. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Es war [...] die größte Demonstration, die wir in Rostock bis dahin erlebt hatten [...]. Es sollen 40.000 bis 50.000 Leute gewesen sein [...].

*(Rainer Albrecht, SPD: Genauso war das.)*

Während dieser Demonstration [...], kam die Nachricht, dass [...] eine Ausreise aus der DDR möglich wäre, und am Ende der Demonstration waren nur noch halb so viele da.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)*

Es haben sich sehr viele [...] aufgemacht, [...] zu gucken, ob das auch Wirklichkeit ist [...].

Und ich möchte jetzt auch noch mal einen anderen Blickwinkel auf diese ganze Zeit [...] legen, auf die Triebkräfte des Um- und Aufbruchs.

[...] mir ist als Erstes die Sehnsucht nach Freiheit eingefallen. Ich habe meine Sehnsucht nach Freiheit in Rostock am Meer gehabt [...]. Andere haben ihre Sehnsucht an der Mauer [...]. Und [...] die Leute im Hinterland [...], die hat Herr Prachtl [...] formuliert: Meine Sehnsucht habe ich gehabt, wenn ich in die Luft geschaut habe und die Wildgänse sind [...] über das Land geflogen. [...]

[...] Die Beendigung der Bespitzelung und umfassenden Überwachung und die Überwindung der Willkür [...] waren Triebkräfte für viele, sich zu engagieren. [...] Es waren die vielen Fürbitt- und Friedensgebete [...] oder auch die Umweltbewegung im kirchlichen Raum, aber auch im Raum des Kulturbundes haben sich Leute für die Umwelt jahrelang engagiert. [...]

Es waren diejenigen, die den wirtschaftlichen Niedergang in der DDR miterleben mussten, weil zum Beispiel [...] 1988 bereits keine Beatmungsgeräte mehr angeschafft werden konnten für die Kinderkliniken [...]. Oder meine Freunde [...], die ein [...] Fotobuch herausgegeben haben [...]: „Ruinen schaffen ohne Waffen“, also die erbärmliche Bausubstanz in der DDR. Da wundere ich mich heute manchmal, das scheint alles vergessen zu sein, was wir inzwischen für blühende Städte und Gemeinden haben [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Es war eine Triebkraft offenbar geworden für den Umschwung, als bei Rostock das Waffenlager IMES besetzt wurde und es klar war, dass die DDR bei aller Friedensheuchelei ein internationaler Großhändler für Waffen und Munition und für Kriegsgerät war. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, FDP, Rainer Albrecht, SPD, und Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Es war ja klar eine weitere Triebkraft die Fälschung der Wahlen am 7. Mai 1989. [...]

*(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)*

[...] nicht zu vergessen auch die [...] niedergeschlagenen Proteste um den 7. und 8. Oktober in Berlin [...], da wurden [...] die Demonstranten niedergeknüppelt [...] und haben ja mit dazu beigetragen, dass in Leipzig so viele auf die Straße gegangen sind [...].

Und da ist es unheimlich wichtig [...],

*(Zuruf von Jens Schulze-Wiehenbrauk, AfD)*

dass es dort [...] diesen Rat gegeben hat, der dazu geführt hat [...], dass die Leipziger Demonstration friedlich und gewaltfrei verlaufen ist. Und das war ja unser Credo: gewaltfrei für Demokratie, gewaltfrei für Freiheit.

Da sind wir bei [...] dem wesentlichen Erkenntnisgewinn: [...] Freiheit lässt sich nicht erhalten, wenn man nicht auch Demokratie hat. Wir haben [...] eine freiheitlich-demokratische Rechtsordnung und wir haben ein Grundgesetz. Und in diesem Grundgesetz sind wichtige Errungenschaften der Freiheits- und Menschheitsgeschichte aufgeschrieben [...]: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ und es gibt allgemeine Menschen- und Grundrechte.

Und dort liegt der Hase im Pfeffer. Wer diese nicht akzeptiert, wird niemals die freiheitlich-demokratische Grundordnung akzeptieren können, weil das integrale Bestandteile sind, die sich gegenseitig bedingen. Das ist das Erbe aus der friedlichen Revolution

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

und vom Mauerfall 1989. [...]

## ■ René Domke, FDP

„Die Vergangenheit ist nicht nur eine Mahnung, sondern ein klarer Auftrag.“



*Foto: Landtag MV*

[...] Der Fall der Mauer war kein Schicksal, sondern er war eine Leistung der Menschen. [...] Wir erinnern uns an zunächst

schweigenden Protest. [...] Dann kam immer mehr Mut auf Bannern, in Liedern, in Sprechchören draußen auf der Straße

[...] das zeigt doch auch, dass kein Regime, dass kein Unrechtsstaat die innere Freiheit, den Drang zur Freiheit je wirklich hat brechen können. [...] Was ich nie mehr missen möchte, ist einfach diese Freiheit, frei zu sein.

Und machen wir uns nichts vor und verharmlosen wir es nie, es gab Menschen, die wegen ihrer freien Meinungsäußerung, wegen ihres Drangs zur Freiheit bespitzelt, schikaniert, verfolgt, inhaftiert und gebrochen wurden. [...] Denken wir also auch an diesem Tag an die gequälten Seelen, die gebrochenen Menschen, die Freiheitskämpfer, die den Weg in die persönliche Freiheit nicht finden konnten, denn ohne diese gäbe es unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung in diesem Teil des Landes nicht.

In diesem Zusammenhang steht auch die Verpflichtung, die Vergangenheit klar und ehrlich aufzuarbeiten. [...] die DDR war ein Unrechtsstaat. Es kommt sicherlich auf die Betrachtung an, aber es geht hier um das staatliche Handeln, es geht nicht um die Lebensleistung der Menschen

*(Sebastian Ehlers, CDU: Richtig!)*

[...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

Und da sind auch Sie in der Regierungsverantwortung gefordert, die Verbrechen des SED-Regimes deutlich zu benennen und gegen jede Form der Verharmlosung vorzugehen. [...] warmen Worten muss auch Unterstützung folgen. Da ist vieles aufzuarbeiten, über Generationen wird das noch so weitergehen. [...] ohne Aufarbeitung keine Versöhnung.

[...] wir müssen klären, warum die Menschen wieder empfänglich sind für Autokratien und Unrechtssysteme. Warum entstehen da neue Sympathien, das müssen wir als Demokraten beantworten. [...]

[...] wir sind nicht auf die Straße gegangen und haben unsere Freiheiten erstritten, um nun wieder Autokraten oder Unrechtsregimes Tür und Tor zu öffnen. Daher ist es wichtig, die Lehren aus der DDR-Vergangenheit, aus der Vergangenheit einer Diktatur wachzuhalten, denn die Geschichte mahnt uns zu dieser Wachsamkeit. Wir sehen eine zunehmende Entfremdung vieler Menschen von der Politik und eine wachsende Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen. Die Unzufriedenheit über Bürokratie, das Gefühl von Stillstand, der Verlust des Vertrauens in politische Entscheidungsprozesse führen bei vielen Menschen zu einem Misstrauen gegenüber dem demokratischen System. Das ist gefährlich, denn Demokratie und Freiheit leben ja gerade von der aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und vom Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und in das politische System.

Westerwelle sagte einmal in Anlehnung an Karl-Hermann Flach, „Freiheit stirbt immer zentimeterweise“ [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

Der Mut und die Hoffnung von uns Menschen, [...] die damals auf die Straße gingen, haben nicht nur ein Unrechtsregime zu Fall gebracht, sondern wir haben auch die Grundlage für das wiedervereinigte Deutschland geschaffen. Freiheit und Demokratie sind eben keine Selbstverständlichkeit, sie sind das kostbare Erbe jener, die in der DDR den Mut zur Veränderung hatten.

[...] Die Vergangenheit ist nicht nur eine Mahnung, sondern ein klarer Auftrag: Freiheit und Demokratie müssen wir stets, und zwar kompromisslos verteidigen, heute, morgen und in der Zukunft. [...]

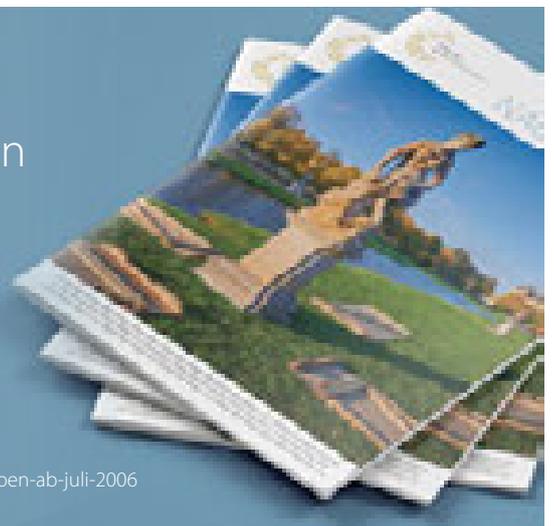
*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

## Ausgabe verpasst?

Alle Ausgaben der LandtagsNachrichten  
Finden Sie in unserem Archiv.



[www.landtag-mv.de/landtag/publikationen-bestellen/landtagsnachrichten/alle-ausgaben-ab-juli-2006](http://www.landtag-mv.de/landtag/publikationen-bestellen/landtagsnachrichten/alle-ausgaben-ab-juli-2006)



# Schutzstatus des Wolfes soll gesenkt werden

Nach EU-Entscheidung wird Prozess eingeleitet

Die in den vergangenen Jahren fortschreitende Rückkehr des Wolfes in die heimischen Wälder wird von vielen Menschen als positives Zeichen für den Naturschutz gewertet. Doch die Zahl der Gegner beziehungsweise Skeptiker dieser Entwicklung ist groß.

Die Regierungsfractionen von SPD und DIE LINKE haben die Landesregierung aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, damit der Schutzstatus des Wolfes auch auf EU-Ebene schnellstmöglich und rechtssicher angepasst wird. Derzeit werde auf EU-Ebene daran gearbeitet, den Schutzstatus des Wolfes von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herunterzustufen, berichtete **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD). „Um den Bestand in Deutschland, damit auch in MV, in einer anderen Weise als derzeit managen zu können, muss seine Population einen guten Erhaltungszustand aufweisen.“ Erst bei Erreichung dieses guten Zustandes könne das derzeitige Management geändert werden. „Wenn Wölfe geschossen werden dürfen, dann muss auch weiterhin nachgewiesen werden, dass der gute Erhaltungszustand nicht gefährdet ist.“ Ihren Angaben zufolge leben aktuell 19 Wolfsrudel in MV. Die Rückkehr des Wolfes sei ein Erfolg des Artenschutzes, betonte Rahm-Präger. „Es gehört bei einem so sensiblen Thema dazu, dass wir die Menschen aufklären und dass wir sie auf keinen Fall mit Falschinformation verunsichern.“ So kursiere die falsche Zahl, dass es eine jährliche Steigerung der Populationszahlen um 30 Prozent gebe. Es werde weiterhin nötig sein, dass Herdenschutz auf hohem Niveau stattfindet. Wölfe, die keine Weidetiere reißen, dürften auch nicht geschossen werden.

Umweltminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) ging dagegen von einer Zahl von 23 oder 24 Rudel in MV aus. Hier seien die Rudel mitgerechnet, die zwischen verschiedenen Standorten pendeln. Das bedeute, dass es eine Art von Stagnation gibt, auf der anderen Seite sei in bestimmten Gebieten ein Ansteigen der Population zu verzeichnen. Zwischen 2007 und 2023 seien 473 Scha-

densfälle mit Wölfen als Verursacher festgestellt worden. „Dabei sind 1670 Tiere getötet und 492 Tiere verletzt worden.“

Im Doppelhaushalt 2024/25 würden gut zwei Millionen Euro unter anderem für präventive Maßnahmen der Landwirte bereitgestellt. Zu den Präventivmaßnahmen gehöre auch, dass in MV vier besenderte Wölfe leben. Das führe dazu, dass der Aktionsradius der Tiere bekannt ist. Der Arten- und Umweltschutz sei ein hohes Gut. „Aber es reicht nicht, irgendwelche Lippenbekenntnisse für die Landwirtschaft abzugeben und dann am Ende keine Lösung zu haben.“ Deshalb müssten die Möglichkeiten für ein aktives Management genutzt werden. Da es dieses noch nicht gebe, müssten der Bund und die Europäische Kommission endlich handeln.

**Thore Stein** (AfD) bezeichnete es als arrogant, wenn es im Antrag der Regierungsfractionen heiße, dass die Menschen nur mehr aufgeklärt werden müssen, damit sie die Furcht vor dem Wolf verlieren. „Das ist ein wenig abwegig, denn es ist durchaus nachvollziehbar, dass beispielsweise Eltern in Panik geraten, wenn Wolfsrudel um Kindergärten herumstreifen.“ Stein trat die Hoffnung, dass im Zuge der Neuwahl des Bundestags im Bundesumweltministerium ein anderer Wind einkehre und dann auch die notwendigen Schritte eingeleitet würden. Denn es sei zweifelhaft, dass die SPD wirklich den Willen habe, den Wolf konsequent zu bejagen. Denn nur so könne der immense Populationsanstieg begrenzt werden, sagte Stein. Der AfD-Politiker ging davon aus, dass die genaue Zahl von Wölfen in MV nicht erfasst und bekannt sei. Deshalb habe Backhaus auch dafür geworben, dass Jäger und auch die ländliche Bevölkerung an einem



Rund 20 Wolfsrudel leben mittlerweile in M-V  
Foto: nordreport

Monitoring teilnehmen, um überhaupt ein klares Bild über die Bestandsentwicklung zu bekommen. Stein fügte hinzu, dass im ersten Halbjahr 2024 fast zehn Prozent der Gesamtzahl aller Rissvorfälle der vergangenen 15 Jahre gezählt wurden. „Es ist keine Zeit mehr für überzogenen Artenschutz, es ist auch keine Zeit mehr für die Romantisierung eines Beutegreifers.“

**Beate Schlupp** (CDU) nahm sich einige Details des Antrags für eine scharfe Kritik vor. Dazu gehörte unter anderem, dass Wölfe ein fester Bestandteil der natürlichen Umwelt seien und insbesondere die Konflikte zwischen Wölfen und Weidetierhaltern durch Aufklärung, Prävention und gezieltes Wolfsmanagement weiter minimiert werden müssten. „Wenn Sie feststellen wollen, dass Konflikte zwischen Wölfen und Tierhaltern weiter minimiert werden sollen, bedeutet das doch, dass bisher bereits eine Minimierung stattgefunden hat. Das Gegenteil ist doch der Fall. Was muss denn noch passieren, damit sie einräumen, dass eine Minimierung der Konflikte nicht gegeben ist.“ Ebenso falsch sei die Feststellung, dass ein

wirksamer und angepasster Herdenschutz auch weiterhin oberste Priorität habe, konstatierte Schlupp. Richtigerweise wäre festzustellen, dass oberste Priorität die Reduzierung des Wolfsbestandes haben müsse, nachdem Wölfe mittlerweile auch in Ställe eindringen. Zuletzt sei dies vor 14 Tagen geschehen. Da stelle sich doch die Frage, was in Sachen Prävention den Tierhaltern noch aufgegeben wird.

Die Entwicklung der Wolfspopulation in MV ist nach Worten des agrarpolitischen Sprechers der Linksfraktion, **Dirk Bruhn**, eine Erfolgsgeschichte des Naturschutzes. „Darauf können wir durchaus stolz sein.“ Allerdings sei die Zunahme der Wolfspopulation seit 2006 Hand in Hand mit der Zunahme der Konflikte mit Weidetieren einhergegangen. Ebenso hätten die Ängste der Bevölkerung vor dieser Tierart zugenommen. Deshalb habe das Land in den letzten Jahren eine Menge Geld in die Hand genommen, um die vorhandenen Konflikte mit der Wiederansiedlung des Wolfes zu lösen. Mit der Absenkung der Einstufung von „streng geschützt“ auf „geschützt“ sei nun ein anderes Management für den Wolf möglich, sagte Bruhn. Dazu müsse nun auch im Bund der günstige Erhaltungszustand des Wolfes festgestellt werden. Oberste Priorität müsse aber nicht die Jagd auf den Wolf haben, sondern ein wirksamer Herdenschutz für die Weidetiere. „Wölfe gehören wieder in unseren Naturraum und werden es bleiben. Wir müssen lernen, mit diesen großen Jägern zu leben.“

**Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) lobte den Antrag von SPD und DIE LINKE. Er biete die Voraussetzung, rational, mit gesundem Menschenverstand und ohne Hysterie zu einem Wolfsmanagement zu kommen. Dies seien auch die Grundlagen dafür gewesen, dass man in Europa überhaupt in die Diskussion geraten ist, den Schutzstatus geändert und an die neuen Gegebenheiten angepasst habe. Nun gehe es um die konkrete Ausstattung des Wolfmanagements. Grundlage dafür sei ein umfangreiches Monitoring, in das wiederum investiert werden müsse, erklärte Terpe. So könnten Erkenntnisse über die konkrete Zahl der Rudel und deren Entwicklung gewonnen werden. Da sei der Glaube an eine exponentielle Entwicklung eher ein Irrglaube. Es gelte nun, Maß zu halten. „Auf der einen Seite wollen wir den Wolf ja nicht wieder ausrotten, auf der anderen Seite gibt es die Interessen der Weidetierhalter.“ Das müsse gesund ausgewogen und nicht die einen gegen die anderen ausgespielt werden. Hysterische Diskussionen, dass Wolfsrudel Kindergärten umkreisen, seien Unsinn.

Die Entscheidung der europäischen Umweltminister, den Schutzstatus des Wolfes herabzustufen, sei längst überfällig gewesen, sagte die FDP-Abgeordnete **Sandy van Baal**. „Nur so kann das Bundesnaturschutzgesetz angepasst werden und MV in dieser Frage rechtssicher agieren.“ Allerdings werde sich für die Weidetierhalter zunächst nichts verändern. „Im Gegenteil: Angesichts einer Populationssteigerung

von 30 Prozent - und das ist wissenschaftlich belegt. selbst von Wolfsflüsterinnen, wie ich sie gerne nenne - wird die Situation allgemein noch angespannter werden“, bekräftigte van Baal. Es sei völlig logisch, dass mit der zunehmenden Verbreitung des Wolfes auch die Anzahl der Nutztierrisse steige. „Das Schlimme an der ganzen Geschichte ist: Es wird noch ewig dauern.“ Die Weidetierhalter blieben die Leidtragenden beim Thema Wolf. Die rechtssichere Entnahme werde noch Jahre dauern. Van Baal fügte hinzu: Die EU ermögliche jetzt schon eine sogenannte Schutzbejagung von 4,3 Prozent des Gesamtbestandes, das entspreche in Deutschland etwa 100 Wölfen pro Jagdjahr. „Ich frage mich bloß, warum wir es nicht umsetzen.“

Die SPD-Abgeordnete **Dr. Sylva Rahm-Präger** betonte jedoch, dass es diese Möglichkeit der Entnahme nicht gebe. „Wir können hier im Plenarsaal zu nichtrechtssicheren Handlungen nicht aufrufen.“

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Ablehnung der anderen Fraktionen angenommen.

mgl

Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE

- Drucksache 8/4286 -

## Landesregierung stellt Schulgesetznovelle vor

Zahl der Schulen im Land soll konstant bleiben

Die Zukunft der Kinder liegt allen Eltern sehr am Herzen, der Nachwuchs soll bestmöglich ausgebildet werden. Die Methoden dafür sind seit jeher umstritten. Die Differenzen werden zusätzlich durch weitere gesellschaftliche Entwicklungen verschärft. Dazu gehören beispielsweise der Fachkräftemangel oder die schleppende Digitalisierung.

Mit einem Versprechen hat Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) den Entwurf für eine Änderung des Schulgesetzes in den Landtag eingebracht. „Wir schließen keine Schulen. Das haben wir den Eltern, Kindern und den Schulträgern versprochen und

auch dieses Versprechen lösen wir ein.“ Damit gebe die Landesregierung Eltern und Schulträgern eine bisher nicht dagewesene Planungssicherheit. Um auch die rückläufigen Schülerzahlen zu beachten, werde durch das Gesetz die Anzahl der Kinder in den Eingangs-

klassen für Bestandsschulen verringert. „So braucht die Jahrgangsstufe 1 jetzt lediglich 15 Schülerinnen und Schüler statt bisher 20.“ In der Jahrgangsstufe 5 müssten 30 und nicht mehr 36 Kinder angemeldet werden, berichtete Oldenburg. Ziel des neuen Schulgesetzes sei auch eine Stärkung der Mitwirkungsrechte, sagte die Ministerin. „Derzeit gehen wir nämlich mit dem Vertrauen in die Kinder und Jugendlichen sehr sparsam um.“ Sie dürften beispielsweise über Lerninhalte, Wandertage,



Nach der Schulgesetznovelle braucht die Jahrgangsstufe 1 nur noch 15 statt 20 Schülerinnen und Schüler pro Klasse.  
Foto: nordreport

Klassenfahrten oder auch über die Schulordnung nicht mitreden. Darüber hinaus beinhalte die Novelle zahlreiche Neuerungen. Dazu gehörten Neuregelungen der Schullaufbahneempfehlung, Organisation der Finanzhilfe für Schulen in freier Trägerschaft oder auch die Verankerung der digitalen Landeschulen. Es sei geplant, dass die Änderungen zum Schuljahr 2025/26 in Kraft treten.

**Torsten Renz** (CDU) kritisierte die Gesetzesnovelle, weil sie seiner Ansicht nach nur redaktionelle Änderungen und kleine Korrekturen beinhalte. Die Landesregierung betrachte nicht die Realität. Deshalb laute der Antrag der CDU-Fraktion: „Bildungsnotstand in MV endlich beenden.“ Renz verwies auf Äußerungen Oldenburgs aus dem Jahr 2019, als DIE LINKE noch in der Opposition war. Damals hätte DIE LINKE beim Schulbauprogramm einen Bedarf von einer Milliarde Euro festgestellt. Jetzt käme Oldenburg mit 25 Millionen Euro jährlichen Landesmitteln, nachdem zwei Jahre lang gar nichts investiert worden sei. Renz bezeichnete dies als „Mini-Schulbauprogramm“. Er forderte, dass die Bildung die erste Priorität der Landespolitik innehaben müsse. Die regionale Schule müsse gestärkt werden. „Das heißt: Mehr Personal, bessere Ausstattung, kleinere Klassen.“ Da nicht zu handeln, bedeute Sprengstoff für die Gesellschaft. Gleichzeitig sei in der Novelle die Absenkung der hohen Unterrichtsverpflichtung bei den Lehrkräften nicht angepackt worden. Ein wichtiger Punkt sei auch, dass die Inklusion an den Schulen ausgesetzt werden müsse. Die Schulnovelle beinhalte keine Zukunftspolitik, sondern verschärfe den Bildungsnotstand, sagte Renz.

„Für die SPD ist die Digitalisierung von Schule ein weiterer wichtiger Schwerpunkt“, erläuterte Andreas Butzki (SPD). So werde die digitale Landeschule gesetzlich verankert. „Da sind wir bundesweit Vorreiter.“ Als weitere Organisationsform des Lernens werde digitalunterstütztes Lernen gesetzlich normiert. Natürlich werde nicht alles mit künstlicher Intelligenz digitalisiert, betonte Butzki. Das gelte für den Erwerb der Grundkenntnisse in Mathematik, Deutsch, einer Fremdsprache oder MINT-Bereich und den gesellschaftlichen Fächern. „Das ist auch zwingend notwendig.“ Butzki wies Behauptungen zurück, dass die Landesregierung die freien Schulen stiefmütterlich behandle. Die vorgesehene Verbesserung der Finanzierung der freien Schulen habe ein überwiegend positives Echo hervorgerufen. Er wandte sich auch gegen die CDU-Einschätzung, nach der in MV ein Bildungsnotstand herrsche. „Man sollte mit Begriffen vorsichtig umgehen.“ Butzki verwies auf die vielen Maßnahmen für die Schulen in den vergangenen Jahren. Davon seien es zehn Jahre gewesen, in denen die CDU immer im großen Einvernehmen mit-

Der AfD-Politiker **Enrico Schult** verwies auf frühere Gesetzesentwürfe seiner Partei, in denen die aktuellen Probleme der Schulen im Land angesprochen worden seien. Die Anträge seien allerdings mehrheitlich abgelehnt worden. „Opposition wirkt, zum Teil jedenfalls“, sagte Schult. Vieles von dem, was die AfD gefordert habe, sei in den jetzigen Schulgesetzentwurf eingeflossen. Dies gelte beispielsweise für die Inklusionsstrategie. Hier habe die AfD stets die dringende Überarbeitung und die dauerhafte Erhaltung der Förderschulen gefordert. Nun sei das frühere End-

tum der Förderschulen 31. Juli 2027 vom Tisch und der 31. Juli 2030 stehe im Schulgesetz. „Das ist richtig, da haben sie einen kleinen Schritt in die richtige Richtung unternommen.“ Schult begrüßte zwar die Sicherung des Schulnetzes durch Erhöhung der Mindestschülerzahlen. Allerdings seien da die Berufsschulen nicht berücksichtigt worden. „Da wollen wir die Mindestzahlen komplett rausstreichen, damit wir den Bestand der Berufsschulen dauerhaft erhalten können.“

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, **Jeannine Rösler**, bezeichnete die Änderungen im Schulgesetz als eine wohl-durchdachte Antwort auf strukturelle Herausforderungen. Damit könne jede Schülerin und jeder Schüler in MV die bestmögliche Bildung erhalten, unabhängig von der Herkunft oder dem Wohnort. Rösler hob besonders die Digitalisierung hervor. „Die Corona-Pandemie hat uns schmerzlich gezeigt, wie weit MV hier noch zurücklag.“ Mit der Novelle würden nun klare und sichere Rahmenbedingungen für die Digitalisierung geschaffen. „Selbstverständlich bleibt der Präsenzunterricht der zentrale Grundpfeiler des Lernens.“ Niemand könne den persönlichen Kontakt zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern ersetzen. Rösler kritisierte die CDU, die ihrer Ansicht nach die Inklusion als Belastung darstelle. „Als ob Inklusion eine Wahlmöglichkeit wäre, die man je nach politischem Wetter mal so zur Seite schieben kann.“ Inklusion sei ein Grundrecht, auf das alle Kinder und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf Anspruch haben. Sie sei essentieller Teil eines modernen Bildungssystems und ein Pfeiler sozialer Gerechtigkeit.

Die Schulgesetznovelle ist nach Ansicht von **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kein Schritt hin zu einer echten Bildungswende im Sinne der Entwicklung der Kinder. „Chance also verspielt.“ Allerdings sei MV beim Thema Inklusion von einer Schule für alle noch meilenweit entfernt. Inklusion könne nicht nur heißen, dass das Türschild an den bisherigen Förderschulen ausgetauscht wird und ansonsten alles beim Alten bleibt. „So bleiben die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nach wie vor unter sich“, kritisierte Terpe. Eltern müssten die Wahl haben zwischen einer gut ausgestatteten Regel-

schule mit ausreichend Räumen sowie multiprofessionell aufgestellten Teams und herkömmlichen Förderschulen. „Dann bin ich allerdings überzeugt, dass wir die Förderschulen dann sehr schnell überwunden haben werden“, sagte Terpe. Er verwies auf das Evangelische Schulzentrum Martinschule in Greifswald. Dort seien die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung Teil der schulischen Gemeinschaft und auch die Kinder ohne sonderpädagogische Förderung erreichten gute Abschlüsse.

„Es gibt keinen Platz für mittelmäßige Kompromisse, wenn es um die Bildung unserer Kinder geht“, betonte **Barbara Becker-Hornickel** (FDP). Das Thema

habe höchste Priorität. Dabei sei die digitale Bildung längst ein Muss. Die Schüler müssten gezielt und altersgerecht auf die digitale Welt vorbereitet werden. „Wir fordern, dass jede Schule digitale Angebote umsetzt und von Anfang an auf klare verpflichtende Standards für die Nutzung digitaler Lernmethoden setzt“, sagte Becker-Hornickel. Dabei dürfe es keinesfalls zu Abstrichen des Präsenzunterrichtes kommen. „Es ist eine Frage der Chancengleichheit, dass alle Schülerinnen und Schüler auch Zugang zu den gleichen digitalen Lernmitteln haben – unabhängig vom Elternhaus“, erklärte die FDP-Politikerin. Beim Thema Inklusion fügte sie hinzu, dass Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen bestmöglich gefördert werden müs-

sen. „Aber nicht, indem man sie einfach in das Regelschulsystem integriert und dann die Augen vor den praktischen Herausforderungen verschließt.“ Sie forderte eine bedarfsgerechte Unterstützung an Regelschulen, speziell dafür ausgebildete Lehrkräfte und klare Übergangspläne.

Der Überweisungsvorschlag in verschiedene Ausschüsse wurde vom Plenum einstimmig angenommen.

*mgl*

*Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 8/4261 in Verbindung mit:  
Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 8/4277*

## Aussprache zur Regenbogenfahne

Debatte über Symbolik und Grundwerte der Demokratie



Die Regenbogenfarben stehen für Offenheit und Toleranz.

Foto: nordreport

Seit Jahren wehte am Neubrandenburger Bahnhof die Regenbogenflagge. Sie wurde mehrere Male gestohlen oder durch eine Hakenkreuz-Flagge ersetzt. Am 9. Oktober 2024 beschloss die Mehrheit der Stadtvertreterversammlung, die Flagge auf kommunalem Gebiet zu verbieten. Am nächsten Tag trat der sich offen zu seiner Homosexualität bekennende Oberbürgermeister Silvio Witt zurück. Diese Ereignisse machten republikweit Schlagzeilen. Am 13. November 2024 beauftragten die Stadtvertreter die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Konzepts, wie Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt in Neubrandenburg besser sichtbar werden können.

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE widmete sich der Landtag in einer Aussprache den Geschehnissen in Neubrandenburg. Während die Mehrheit der Fraktionen in dem Verbot der Regenbogenflagge vor öffentlichen Einrichtungen eine demokratiefeindliche Haltung sah, verwies die AfD auf den ideologischen Hintergrund der Flagge und die CDU auf die staatliche Neutralität bei der Beflaggung öffentlicher Gebäude.

Die Regenbogenflagge fuße auf der Symbolik für Frieden, Freiheit und Toleranz und verkörpere ein „positives Signal“ für Offenheit und Stolz, führte **Torsten Koplin** (DIE LINKE) aus. 1978 wurde sie zum selbstgewählten Symbol der Lesben- und Schwulenbewegung. Wer über die Regenbogenfahne abstimmen ließe, verdeutlichte der Abgeordnete, müsse wissen, dass damit „über Toleranz, über Akzeptanz, über

Freiheit - also über Grundwerte der Demokratie und über im Grundgesetz verankerte Grundrechte abgestimmt und entschieden wird“. Es gehe um das Recht der Unantastbarkeit der Würde, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, den Schutz von Minderheiten und nicht zuletzt um Pluralismus - „ein demokratietragendes Prinzip“, so Torsten Koplin. Er warnte, die charakteristischen Handlungsmuster der „Feinde der Demokratie“ zu unterschätzen. Sie hätten gewonnen, wenn durch die Verschiebung der Grenzen des Erlaubten Angriffe auf anders Lebende, Aussehende und Denkende zum Alltag würden.

Hinter dem Beschluss, die Regenbogenflagge an öffentlichen Gebäuden zu verbieten, stecke mehr als das Ab-

hängen einer Fahne, warnte Sozialministerin **Stefanie Drese** (SPD). Er setze ein „Zeichen der Einschüchterung gegenüber der queeren Community und ihren Unterstützern“. Die Sozialministerin bedauerte den Rückzug von Silvio Witt. So sei die neue Initiative der Neubrandenburger Stadtvertreter für Weltoffenheit, Toleranz und Vielfalt „wichtig“, könne aber den Schaden „nur bedingt“ beheben. Denn die Regenbogenflagge sei „kein nettes Dekoelement“, sondern stünde für „Gleichberechtigung, Freiheit und Vielfalt“ und damit für Werte, „die wir als demokratische Gesellschaft verteidigen“. Sie versinnbildliche, wie wir miteinander leben wollten, „in einer Gesellschaft, die frei ist von Angst und Diskriminierung; in der jeder Mensch selbst bestimmt so leben und lieben kann, wie er oder sie es will“, unterstrich Stefanie Drese. Solange queere Menschen beschimpft oder angegriffen würden, diene die Regenbogenflagge als Mahnung.

„Wir haben einen neuen Flaggenstreit“, stellte **Horst Förster** (AfD) fest. Es gehe hier um „Symbolik und Gesinnung“, um „Grundsätzliches“ und um „ganz unterschiedliche Vorstellungen von Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit“. Es gehe nicht um Silvio Witt, betonte der Abgeordnete, sondern um „einen tief sitzenden Konflikt, der sich an der Regenbogenflagge entzündet und deshalb wird darüber so erbittert gestritten“. Mit der Regenbogenflagge werde eine politische Botschaft verkündet. Sie stehe für eine „Weltanschauung, die den Anspruch erhebt, von jedem akzeptiert werden zu müssen“ und „Grundrechtswert“ suggeriere. Wer sich dem nicht beuge, sei ein Feind der Demokratie. Der Verweis, dass die Grundwerte der Demokratie nicht zur Abstimmung stünden, spreche einer Stadtvertretung das Recht ab, über das Beflaggen kommunaler Grundstücke zu bestimmen. Solche Argumentation sei keine Demokratie, sondern ein „totalitärer Anspruch“ der Fraktion DIE LINKE, „ihre Ideologie durchzusetzen“. Dagegen setze die AfD als freiheitliche Partei ein klares Nein.

Das Problem im Umgang mit dieser Flagge, schlussfolgerte **Ann Christin von Allwörden** (CDU), liege in ihrer

Assoziation mit „einer ganzen Reihe hochpolitischer Bekenntnisse“. Diese scheinen so bedeutsam, dass ein Oberbürgermeister auf sein Amt verzichtete, weil die Ratsversammlung diese Bekenntnisse verweigerte. Der mehrheitliche Beschluss einer Stadtvertretung zur Beflaggung habe nichts mit Homophobie und Fremdenfeindlichkeit gemein. Er sei ein Ausdruck von Demokratie und erinnere auch nicht an die „dunkelsten Zeiten unserer Geschichte“, richtete die Abgeordnete an Torssten Koplin, der diesen Vergleich in einer Pressemitteilung seiner Fraktion zum Ergebnis vom 9. Oktober verwendete. Ann Christin von Allwörden berichtete, dass am Internationalen Tag gegen Homophobie am Konrad-Adenauer-Haus in Berlin die Regenbogenflagge gehisst werde. „Eine wichtige Akzentuierung“ für diesen Tag, unterstrich die Abgeordnete. Aber die Regenbogenfarben seien nicht die neuen Nationalfarben und „sollen es auch nicht werden“.

**Mandy Pfeifer** (SPD) hielt es in dieser Angelegenheit mit Silvio Witt: „Die Regenbogenflagge ist nicht nur ein Zeichen für Frieden, Weltoffenheit und Toleranz, sondern auch für Demokratie“. Im Namen ihrer Fraktion bedauere sie den Rücktritt. Der „neue gesellschaftliche Diskurs“ sei von dramatischer Überzeichnung geprägt, reflektierte die Abgeordnete. Menschen würden gegeneinander ausgespielt und politische Mitbewerber diskreditiert. Dieser sich verschärfende Ton zerstöre „Mitmenschlichkeit und Respekt“ sowie Vertrauen in die Politik. Auch wenn sich die Stadtvertretung in Neubrandenburg um einen neuen Beschluss bemüht habe, den größten Schaden erlitt die Demokratie. Dabei brauche es das „genaue Gegenteil - der Schutz unserer Demokratie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, erachtete Mandy Pfeifer und appellierte an ihre Kollegen, trotz unterschiedlicher Meinung miteinander zu reden und für Antworten auf die Fragen dieser Zeit um Kompromisse in der demokratischen Mitte zu ringen.

„Nein, so einfach darf man sich das nicht machen“, missbilligte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den Beschluss der Neubrandenburger Stadtvertreter. Alle, die zum Ergebnis beigetragen haben, handelten

„verantwortungslos“ und verrieten „grundlegende Werte unseres Zusammenlebens“. Die in weiten Teilen welt-offene und tolerante Stadt Neubrandenburg „leuchtet seitdem nicht mehr so freundlich wie zuvor“. Das mache sie „so sauer“, weil es das Ende einer langen Entwicklung sei und „weil viel zu spät und viel zu zaghaft reagiert wurde, als Hass, Hetze, Selbstgefälligkeit und Rassismus immer lauter wurden“. Das Demokratiebündnis Neubrandenburg wehre sich gegen Versuche jener Akteure, die organisiert und planvoll versuchen, die demokratische Stadtgesellschaft in Neubrandenburg „zu zersetzen“. Es habe Demonstrationen für die Regenbogenflagge und in Solidarität mit dem Bürgermeister gegeben. Nur mit der konsequenten Verteidigung unserer Grundwerte könne queeren Menschen und Minderheiten Sicherheit geben werden.

Die Regenbogenflagge stehe wie kaum ein anderes Symbol für Vielfalt, Freiheit, Akzeptanz, stimmte **René Domke** (Fraktionsvorsitzender FDP) zu. Sie sei ein „kraftvolles Zeichen“ für Respekt und die Anerkennung unterschiedlicher Identitäten und Lebensentwürfe. Sie vergegenwärtige die Prinzipien unserer Gesellschaft und unseres Rechtsstaates: das Recht auf Freiheit und die Würde eines jeden Menschen „ohne kollektivistischen Zwang, egal von welcher Seite“. Die Ereignisse in Neubrandenburg verdeutlichten das Problem, wie mit diesen Prinzipien im Alltag umgegangen werde, gab der Abgeordnete zu bedenken. Blieben öffentliche Gebäude neutral, ohne bestimmte Gruppen hervorzuheben, dann stelle sich die Frage: „Was bedeutet diese Neutralität, wenn sie zulasten von Menschlichkeit, von Toleranz geht?“ Demokratie bedeute, dass die Mehrheit entscheide. Doch wie lasse diese Mehrheit den Schutz und die Förderung von Minderheiten zu, stellte René Domke in den Raum. Darauf brauche es Antworten und auch Symbole, die uns daran erinnern.

mye

*Beschluss:  
Es fand eine Aussprache statt.*

# Debatte über Corona-Soforthilfen

Kritik an den Rückzahlungsbescheiden und Zinsforderungen

Im Frühjahr 2020 erhielten rund 36.000 Unternehmen in MV die Corona-Soforthilfen des Bundes. Zuständig für die Auszahlung war das Landesförderinstitut MV. Es verschickte am 30. September 2024 an 9.000 Firmen, die keinen Verwendungsnachweis erbracht hatten, einen Rückforderungsbescheid zuzüglich aufgelaufener Zinsen. AfD und CDU protestierten gegen diese Verfahrensweise. Vielen Beziehern der Soforthilfe waren die Modalitäten unklar. Unter anderem sind sie von einem nicht zurück zu zahlenden Zuschuss ausgegangen. Während die AfD das Thema als Aussprache adressierte, forderte die CDU per Drucksache eine Fristverlängerung zur Einreichung der Nachweise sowie Zinsen nur bei fehlender Schlussabrechnung zu erheben. Die Landesregierung rückte nicht von der Rechtmäßigkeit der Rückforderungen und Zinsen ab, bot aber individuelle Lösungen auf Kulanzbasis an.

„Schnell, nicht rückzahlbar und unbürokratisch - so kommunizierte die Landesregierung damals die Hilfen“, erinnerte sich **Martin Schmidt** (AfD). Auch Bundesfinanzminister Olaf Scholz habe derzeit betont, es gehe um einen Zuschuss und nicht um einen Kredit. Die Unternehmen, die „den Laden hier irgendwie am Laufen halten wollten“, wurden mit diesen „Pseudohilfen“ klar „hinter die Fichte geführt“, zeigte sich der Abgeordnete enttäuscht. Es könne nicht sein, dass „Kommunikationsfehler“ und „miserable Informationsflüsse“ nun zu „desolater Liquidität“ der Betriebe führten. Hinzu kämen die „horrenden Zinsforderungen“. Diese müssen gestrichen oder erstattet werden, befand Martin Schmidt und appellierte an die Landesregierung: „Sorgen Sie dafür, dass die Glaubwürdigkeit an den Staat als Krisenmanager wiederkommt.“

Die Rückforderungen der Corona-Hilfen und die „unsäglichen“ Zinsforderungen von fast 20 Prozent des bewilligten Betrages verursachten gerade den kleinen und mittelständischen Betrieben erhebliche Schwierigkeiten, unterstrich **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Während der Corona-Pandemie wurden diese Unternehmen von der Ministerpräsidentin als das „Rückgrat“ der Wirtschaft in MV gelobt; inzwischen stünden sie vor existenziellen Problemen und würden wie „Schuldige“ behandelt. Die 9.000 Firmen versäumten nicht aus „böser Absicht“ die Schlussrechnungen, sondern „weil viele von ihnen schlichtweg nicht ausreichend informiert oder einmal mehr von dieser ausufernden Bürokratie überfordert wurden“. Ein Viertel der Hilfeempfänger im Land fühle sich „missverstanden, unter Druck gesetzt und finanziell bedroht“, warnte der Abgeordnete.

Die AfD argumentiere „Faktenlos“ und die CDU stoße ins „gleiche Horn“, ärgerte sich Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD). Natürlich handelte es sich bei der Soforthilfe um einen Zuschuss und nicht um einen Kredit. Aber jeder Antragsteller habe den Antrag samt Punkt 7.10 unterschrieben, wo die fällige Rückzahlung bei „Überkompensation“ erwähnt sei. Auch entsprächen Verfahren und Zinsforderungen dem Verwaltungsverfahrensgesetz. Der Minister wies den Vorwurf der fehlenden Kommunikation angesichts von Erinnerungsschreiben, Veranstaltungen und seiner Pressekonferenz Ende August zurück. Doch der „entscheidende Punkt“ war für Reinhard Meyer, dass in einem Rechtsstaat „diejenigen, die ihre Pflichten gegenüber dem Staat erfüllen“ auch „ordentlich behandelt“ und ihnen mit Stundungen oder Ratenzahlungen geholfen werde.

Bei den „unbürokratisch gewährten“ Corona-Soforthilfen sei „von Anfang an“ klar gewesen, dass die Zahlungen unter dem Vorbehalt des tatsächlichen Umsatzausfalls geleistet wurden, widersprach **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) der AfD und CDU. Er halte es für wichtig, den Eindruck zu vermeiden, es werde mit „zweierlei Maß gemessen“ und diejenigen, die sich an die Fristen gehalten hätten, nun die „Dummen“ seien.

Martin Schmidt (AfD)



Wolfgang Waldmüller (CDU)



Wirtschaftsminister Reinhard Meyer





Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Torsten Koplin (DIE LINKE)



Sandy van Baal (FDP)



Christian Winter (SPD)

Auch könne seine Fraktion der Beschwerde der CDU bezüglich mangelnder Kommunikation des Landes nicht folgen. Das Parlament sowie Unternehmervereinigungen sprachen zur Situation. Auch in anderen Bundesländern wurden Abrechnungen bislang nicht eingereicht, darum sei es fehl am Platz, „mit dem Finger auf die Landesregierung zu zeigen“. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne den Antrag der CDU ab.

Im Verlauf der Gewährung der Soforthilfen haben „Schwachstellen“ für „viel Frust“ gesorgt, bestätigte **Torsten Koplin** (DIE LINKE). Die zeitlich späte Definition des Begriffes „Liquiditätsengpass“ oder Änderungen „für die Beantragung, die Bescheidung und die Abrechnung“ und dann die Forderung von Zinsen erschwerten insgesamt die Auseinandersetzung mit der Problematik. Auch die Linksfraktion habe „kein Verständnis“ dafür, wenn einige die Sache aussitzen wollten. Abgesehen davon spreche sie sich für eine „differenzierte Behandlung“ aus: ohne Rückzahlungsaufforderung könne es keine Zinsen geben. Auch wer fristgerecht zahle, dürfe nachträglich keine Zinsen auf-

erlegt bekommen. Kulanz müsse erfahren, wer zahlen wolle aber nicht könne oder in der Pandemie Arbeitslosengeld beantragen musste. Hier seien Rückforderungen oder Zinsen „absurd“. Der rechtsstaatlich bedenklichen Argumentation der CDU folge seine Fraktion allerdings nicht.

In einer „beispiellosen Notsituation“ habe der Staat Hilfen gewährt, die wichtig waren und Betriebe vor dem Kollaps bewahrt hätten, hielt **Sandy van Baal** (FDP) fest. Doch nun geraten Unternehmen erneut in eine schwierige finanzielle Lage. „Eine starre und unflexible Forderung der sofortigen Rückzahlung riskiert, etliche Unternehmen in die Insolvenz zu treiben“, verdeutlichte die Abgeordnete. Es gebe noch immer „Kommunikationsprobleme“, was das Vertrauen in staatliche Institutionen erschüttere. Daher sei es „entscheidend“, Rückzahlungen „umsichtig und lösungsorientiert“ zu gestalten. „Flexibilität ist hier das Gebot der Stunde“, empfahl Sandy van Baal. Stundungen und Ratenzahlungen können sicherstellen, dass die Rückzahlungen „nicht zum Stolperstein für die Zukunft unserer Wirtschaft werden“.

Selbst wenn in der Zeit der Pandemie gewisse Dinge „unübersichtlich“ gewesen seien, räumte **Christian Winter** (SPD) ein, galten trotzdem die „rechtlichen Grundpfeiler“ wie Beihilferecht oder die Prinzipien der Steuergerechtigkeit. Daher sollten die Rückzahlungsforderungen nicht „überraschen“. Auch sei mittlerweile der bundespolitische Rahmen für die Fristen „ausgereizt“. Denn das Land als Verwalter der Corona-Soforthilfen im Auftrag des Bundes könne hier nicht „frei verfügen“. Der Abgeordnete befürwortete ein Entgegenkommen für diejenigen, die sich an Fristen und Regeln gehalten haben. Er wiederholte, dass die Zinsen auf Verwaltungsgrundlagen erhoben wurden, also Recht und Gesetz umgesetzt wurde. Die SPD lehne den Antrag der CDU ab, denn die Verfahren müssten nun „in die Gänge kommen“, damit noch Zeit für Einzelfallabwägungen bliebe.



### Ablauf der Ereignisse gemäß Wirtschaftsminister

Für den Zeitraum von drei Monaten im Frühjahr 2020, in dem die Ausgaben eines Unternehmens die Einnahmen überstiegen, gewährte der Bund eine Corona-Soforthilfe zur Liquiditätsdeckung. In MV übernahm das Landesförderinstitut die Verfahren. Die Anträge wurden zügig bewilligt und ausgezahlt.

Im März 2021 gab es die erste Aufforderung an alle Hilfeempfänger, eine Überkompensation zu prüfen.

Auf Drängen des Bundes wurden im Frühjahr 2022 Stichproben mit dem Ergebnis durchgeführt, dass zwei Drittel der Empfänger die Soforthilfen nicht in vollem Umfang zustanden.

Im September 2023 versandte das Landesförderinstitut ein zweites Erinnerungsschreiben mit der Bitte, bis zum 2. November 2023 Nachweise

einzureichen. Die Frist wurde bis zum 30. September 2024 verlängert.

Ende August 2024 gab der Wirtschaftsminister eine Pressekonferenz, die auch online verfolgt werden konnte, um auf die Frist bis zum 30. September zu verweisen.

Auf verschiedenen Veranstaltungen der Fachverbände wurde ebenso im Laufe des Jahres auf die Frist aufmerksam gemacht.

**Martin Schmidt** (AfD) bezweifelte, dass sich sein Vorredner tatsächlich mit der Sache auseinandergesetzt habe. Bei näherer Betrachtung werde die Bandbreite der von den Rückzahlungen betroffenen Betriebe und Menschen deutlich. Es werde dann auch „schnell klar“, warum viele von ihnen noch nicht geantwortet hätten. Sie haben schlichtweg das Geld nicht und müssten teilweise ihre private Altersvorsorge für die Rückzahlung der Corona-Hilfen verwenden. Häufig komme es durch die ungewöhnliche Verwaltungssprache zu Missverständnissen. Der Abgeordnete betonte, dass es seiner Fraktion nicht allein um die 9.000 Unternehmen gehe, sondern um alle Betroffenen. Er regte eine Erstattung der bereits getätigten Rückzahlungen an, einen

Schuldenschnitt oder die Überführung der Mittel in ein Förderprogramm.

Der Verlauf der Debatte überzeugte **Wolfgang Waldmüller** (CDU) nicht. Auch die Aussprache der AfD bringe keine Lösungen. Seinem Kollegen Torsten Koplin hielt er zugute, wenigstens auf die nicht nachvollziehbaren Punkte kritisch eingegangen zu sein. Dann spreche doch auch nichts gegen eine Zustimmung zum Antrag, schlussfolgerte Wolfgang Waldmüller. Die Ausführungen des Wirtschaftsministers befriedigten den Abgeordneten am wenigsten. Wenn so viele Unternehmen mit den Informationen nicht klarkämen und die Frist versäumt haben, sollte doch wenigstens

die Kommunikation geprüft werden. Die Landesregierung müsse tätig werden, um „diese Misere“ aus der Welt zu schaffen. „Hören Sie auf mit diesen unverschämten Zinsforderungen!“, verlangte der Abgeordnete, denn MV brauche jeden, der das Land in Gang hielte.

Mit den Gegenstimmen von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP und Zustimmung der CDU und AfD wurde der Antrag abgelehnt.

mye

*Aussprache auf Antrag der AfD  
Antrag CDU  
Drucksache 8/4276*

## Mehr Landesengagement bei Migration und Integration gefordert

Opposition thematisiert Probleme und Lösungsansätze

**In gemeinsamer Debatte behandelte das Parlament Anträge von AfD, CDU und FDP zum Thema Migration. Nach dem Willen der AfD soll sich die Landesregierung den Forderungen des Deutschen Landkreistages nach mehr Abschiebungen, Leistungskürzungen und einem befristeten Aufnahmestopp anschließen. Die CDU mahnte die Probleme zunehmender Kriminalität sowie mangelnder Integration vieler Migranten an. Ein umfangreicher Forderungskatalog enthielt Vorschläge zur Begrenzung der Migration bei gleichzeitiger Gewinnung von Fachkräften und besserer Integration. Der FDP ging es unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Integrations- und Aufnahmefähigkeit um eine schnellere Integration von Zugewanderten mit Bleibeperspektive. Keiner der Anträge passierte den Landtag.**

Die Migrationskrise verlässt uns nicht, stellte **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) fest. Denn trotz Bekundungen der Landesregierung und einem Migrationsgipfel setze sich die Überlastung der Kommunen fort. Im Sommer habe die Ministerpräsidentin selbst zugegeben, dass die hohe Migration nicht mehr zu bewältigen sei. Der Oberbürgermeister von Schwerin fürchte bei Vergrößerung der Erstaufnahmeeinrichtung um einen Anstieg der Kriminalität. „Das kann er seinen Bürgern nicht mehr verkaufen“, zitierte Jan-Phillip Tadsen den Bürgermeister und forderte die Landesregierung auf, auf diese „ehrliche Bestandsaufnahme“ zu reagieren. Deshalb unterstütze die AfD das Position-

Jan-Phillip Tadsen (AfD)



papier des Landkreistages mit „ganz deutlichen“ und konkreten Maßnahmen zur Integration und Begrenzung der illegalen Migration.

Man muss „ganz nüchtern“ akzeptieren, so **Daniel Peters** (Fraktionsvorsitzender CDU), dass für die Menschen in MV die Migration das „Thema Nummer Eins“ sei. Damit verbinde sich die Erwartung an die Politik, dieses Problem aus der „parlamentarischen Mitte“ heraus zu

Daniel Peters (Fraktionsvorsitzender CDU)





René Domke (Fraktionsvorsitzender FDP)



Innenminister Christian Pegel



Steffi Pulz-Debler (DIE LINKE)

lösen. Einerseits seien die Aufnahmekapazitäten und die Akzeptanz der Menschen im Land erschöpft, andererseits bestünde der Bedarf auf dem Arbeitsmarkt. Natürlich müsse denen, die von Krieg und Gewalt bedroht seien, Schutz geboten werden. „Aber es braucht klare Regelungen“, forderte der Abgeordnete. Es braucht Zurückweisung an den Grenzen, es braucht beschleunigte Asylverfahren und konsequente Rückführung. Angesichts der Dimension der Probleme forderte Daniel Peters die Einbeziehung der Opposition in der Bewältigung: „Kommen Sie auf uns zu!“

Wenn die Themen Migration und Integration die Menschen in MV am meisten bewegten, dann fragte sich **René Domke** (Fraktionsvorsitzender FDP), ob die Landesregierung „nicht viel zu lange geredet, vertagt und gezauert“ habe, während die Probleme vor Ort immer größer wurden. Der Abgeordnete erinnerte auch daran, dass schon lange Familien in Deutschland lebten, die jede Integration verweigerten. „Auch das haben wir zugelassen als Gesellschaft und das ist natürlich etwas, was schwer aufzuholen ist.“ Doch nun verstreiche angesichts demografischer Herausforderungen und wachsender Fachkräftelücke wieder „wertvolle Zeit“. Die FDP habe oft die Arbeitsmarktintegration und Unterstützung für Integrationswillige angemahnt. „Warum beschleunigen Sie diese Prozesse nicht?“, hielt er der Landesregierung vor.

Innenminister **Christian Pegel** (SPD) plädierte dafür, die Diskussion „möglichst nah am Realismus und möglichst weit

weg vom Populismus“ zu führen. Dem habe sich die Regierungskoalition mit dem 32-Punkte-Antrag vom März 2023 gestellt. Dort wurde ein Gesamtblick auf die gesellschaftlichen Herausforderungen geworfen, um humanitäre Pflicht und Machbarkeit zusammenzubringen. Der Handlungsfaden sei von einem „Fünfklang“ charakterisiert: Hilfe für jene, die Hilfe bräuchten. Eingrenzung des Zuzugs auf das Machbare. Durchsetzung des Rechts bei fehlender Bleiberechtigung. „Offene Arme und Integrationsmaßnahmen“ für Bleiberechtigte. Einen eigenen Weg für Arbeitsmarktintegration. Weiter berichtete der Minister über die Fortschritte in der Bewältigung der Migration und bekräftigte den Grundsatz: „politisch verfolgte Menschen in höchster Not erhalten Hilfe“.

Während CDU und AfD vor allem mit Restriktionen, Gesetzesbrüchen und Angst „punkten möchten“, gehe der FDP-Antrag in eine „konstruktivere Richtung“, ordnete **Steffi Pulz-Debler** (DIE LINKE) ein. Arbeitsmarktintegration, Sprachförderung, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, dezentrale Unterbringung – all dies seien „wichtige Themen“, bei denen auch DIE LINKE Handlungsbedarf erkenne. Den „extrem rechten Forderungen“ im AfD-Antrag wollte die Abgeordnete „keinen großen Raum“ geben. Vom Antrag der CDU zeigte sich Steffi Pulz-Debler enttäuscht und warf der Fraktion ein Driften nach rechts vor. Der Antragstext habe „rein gar nichts mit einer sachlichen und lösungsorientierten Fachdebatte zu tun“. Sie könne weder menschliche noch christliche Werte wiederfinden.

**Constanze Oehrich** (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) legte dar, welche Gesetze und rechtlich bindenden Regelungen der AfD-Antrag und somit auch der Deutsche Landtag verletze. Sie betonte, das Rechtliche sei das Eine, „aber wir halten es auch schlicht für richtig, mitmenschlich zu agieren“. Der CDU entgegnete die Abgeordnete, dass die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten von Sachverständigen nicht nur als „extrem kritikwürdig“ eingestuft wurde, sondern auch nicht im Einklang mit den Menschenrechten praktisch umsetzbar sei. Constanze Oehrich wunderte sich zudem über die von der CDU erwogene Rückabwicklung des Staatsangehörigkeitsrechts: „Eine grundsätzlich der Wirtschaft zugewandten Partei kann doch der sich immer weiter verschärfende Arbeitskräftemangel nicht egal sein“.

Auch **Dagmar Kasselitz** (SPD) wollte die Debatte nicht den politischen Rändern überlassen. Bei der Migration und Integration gelten „klare Regeln“, die bis auf die Ebene der Kommunen umzusetzen seien. Mit „Solidarität, Mitmenschlichkeit, Verständnis für die Situation der Betroffenen“ sowie guter Ausstattung der Behörden, können die von CDU und FDP aufgezeigten Herausforderungen bewältigt werden. Ihre Fraktion verschließe nicht die Augen vor Dingen, die besser laufen müssten. Straftaten von Zugewanderten würden „aufs Schärfste“ verurteilt, genauso wie die von Einheimischen. In schwierigen Zeiten wägen Bund und Länder „klug“ ab, wofür Ressourcen verwendet werden. Niemand, der hier Verantwortung trage, sei untätig und zusätzliche Anträge nicht notwendig.



Constanze Oehlich (Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Dagmar Kaselitz (SPD)

**Jan-Phillip Tadsen** (AfD) kritisierte die Bewertung der Vorrednerin wonach „alles gut ist“ und „die paar Probleme mit ein bisschen Straftaten“ mit einem Halbsatz abgetan wurden. Man könne den SPD-Landräten wahrlich keinen Rechtspopulismus vorwerfen. Darum dürften sich die Regierungsfaktionen dieser „kommunalen Stimme“ nicht verweigern. Jan-Phillip Tadsen kritisierte, dass für den Bau einer Gemeinschaftsunterkunft 11 Millionen Euro zur Verfügung stünden, aber dringende Projekte nicht finanziert werden. Dafür hätten die Menschen „kein Verständnis“. Die AfD wolle eine Politik, die „Leute wieder zusammenführt“ und „demokratische Prozesse auf der kommunalen Ebene einmal zur Kenntnis nimmt“. Das Papier des Landkreistages sei ein „gutes Instrument“ für „echte Lösungen“.

**Daniel Peters** (CDU) verwies ebenfalls auf jene sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, die einen „klaren Zusammenhang zwischen Migrationskrise und Kriminalitätskrise“ ausmachten. Da sollte man „die Ohren spitzen“, ansonsten quitierten das die Wähler. An die FDP richtete der Abgeordnete, dass bei allen Forderungen nach besserer Integration auch die Bereitschaft dazu bestehen müsse. Hier greife der FDP-Antrag zu kurz. Wenn von der EU keine Lösungen zum Thema Zurückweisung kämen, dann müsse „tatsächlich“ über einen wenigstens „bitteren“, aber „notwendigen“ nationalen Weg nachgedacht werden. Dabei wäre angeraten, mehr über das Machbare zu reden statt darüber, was nicht funktioniere. Schließ-

lich liege es an den Parlamenten, den Rechtsrahmen anzupassen und dafür bot Daniel Peters abermals die Zusammenarbeit an.

**René Domke** (FDP) ermahnte die Regierungskoalition, sich nicht hinter ihrem Antrag vom vergangenen Jahr „zu verstecken“. Der müsse „weiterentwickelt“ werden und gemeinsam mit der Opposition ausgewertet werden. Da er Zustimmung zu einigen Punkten des FDP-Antrages herausgehört habe, beantragte er die Überweisung zur vertiefenden Beratung im Ausschuss. Für den CDU-Antrag wolle die FDP die ziffernweise Abstimmung. Er wolle betonen, dass es ihm vor allem um die Migranten gehe, die schon da seien. In den letzten drei Jahren wurden zahlreiche Maßnahmen umgesetzt. Das sei aber überfällig gewesen. In einer Enquetekommission oder einem Expertengremium könne weiter „gemeinsam beraten“ werden. Die jetzige Situation benötige Korrekturen aus der Mitte, appellierte er an SPD und DIE LINKE und fügte hinzu:

„Nehmen Sie uns doch mit!“

SPD und DIE LINKE stimmten keinem Antrag, keiner Ziffer und auch nicht der Überweisung zu, wodurch weder eine Überweisung noch die Anträge eine Mehrheit fanden.

Dem Antrag der AfD stimmte nur der Antragsteller zu, alle anderen Fraktionen lehnten ab.

Der Änderungsantrag der CDU wurde von der CDU und der FDP befürwortet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielt sich und alle anderen lehnten ab.

Der Überweisung des FDP-Antrages und des Änderungsantrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten die FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, während alle anderen Fraktionen dagegen stimmten.

Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde nur vom Antragsteller bei sonstiger Ablehnung befürwortet.

Auch der FDP-Antrag fand nur die eigene Zustimmung bei Ablehnung aller anderen Fraktionen.

mye

Antrag AfD  
Drucksache 8/4282

in Verbindung mit:  
Antrag CDU  
Drucksache 8/4272  
hierzu  
Änderungsantrag CDU  
Drucksache 8/4311

in Verbindung mit:

Antrag FDP  
Drucksache 8/4267(neu)

hierzu

Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 8/4320

# Klimaschutzgesetz- Entwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gescheitert

Landesregierung verweist auf künftiges eigenes Klimaschutzgesetz

**Im Dezember 2015 wurde auf der Weltklimakonferenz das Pariser Klimaschutzabkommen beschlossen. Es verpflichtete die Staatengemeinschaft, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen. Auch wenn das Abkommen teils heftig umstritten ist, macht es die Dringlichkeit von Veränderungen deutlich.**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen eigenen Entwurf für ein Klimaschutzgesetz für MV vorgelegt. Die stetig voranschreitende Erderwärmung sei ein Warnzeichen, das wachrütteln muss, sagte **Hannes Damm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Stand jetzt läuft die Welt auf katastrophale drei Grad Erhitzung zu.“ Klimazonen würden sich verschieben, Extremwetterereignisse vernichteten wirtschaftliche Existenzen und kosteten Menschenleben. „Wir müssen handeln, hier und jetzt.“ Damm verwies auf Paragraph 1 des Gesetzesentwurfs, in dem festgeschrieben sei, dass durch Klimaschutzmaßnahmen keine unverhältnismäßigen finanziellen Belastungen für Einzelne entstehen dürften. Damm warf der Landesregierung vor, sich gegenüber allem zu verweigern, was mit effektivem Klimaschutz zu tun hat. „Sie blamieren sich und unser Bundesland.“ MV sei das einzige Bundesland, das neun Jahre nach dem Pariser Klimaschutzabkommen kein eigenes Klimaschutzgesetz oder dezidierte Maßnahmenpläne habe. Dieses Taktieren sei ein verantwortungsloses Verschleppen, mit dem die Landesregierung die Zukunft aufs Spiel setze.

Landwirtschafts- und Umweltminister **Dr. Till Backhaus** (SPD) verwies darauf, dass das Klimaschutzgesetz in MV fertiggestellt sei. „Wir sind in den internen Abstimmungsgesprächen mit den anderen Ressorts.“ Der Minister bezeichnete den grünen Gesetzesentwurf zwar als ambitioniert, aber auch in Teilen als nicht umsetzbar. Die Grünen

wichen bei der Frage nach den entstehenden Kosten aus. „So sind die Grünen.“ Als Beispiel nannte Backhaus die geforderte Aufforstung von Flächen, die rund 3,1 Milliarden Euro kosten würde. Die jüngsten Wahlergebnisse in Ostdeutschland zeigten: Die Grünen hätten beim Thema Klimaschutz völlig überzogene Forderungen aufgemacht und damit die Menschen total verunsichert. „Wir brauchen die Akzeptanz für diese Maßnahmen und nicht die Brechstange“, betonte Backhaus. Darüber hinaus habe MV im Bereich der Erneuerbaren Energien eine Vorreiterrolle unter den deutschen Bundesländern inne. So liege der Anteil der Eigenstromversorgung in MV bei 83 Prozent, der deutsche Durchschnitt bei 44 Prozent.

**Thore Stein** (AfD) kritisierte, dass seit dem Antritt der rot-roten Landesregierung nur große Ankündigungen eines umfassenden Klimaschutzgesetzes zu vernehmen seien. „Es wäre ein gutes Eingeständnis, wenn Sie einfach sagen, Sie haben mittlerweile erkannt, dass dieses Klimaschutzgesetz im ländlichen Raum von MV schlichtweg niemand braucht“, sagte Stein. Die Menschen würden dadurch überlastet und vielleicht sei deshalb das Gesetz in der Schublade verschwunden. Scharf kritisierte der AfD-Abgeordnete den grünen Gesetzesentwurf. „Das einzig Positive, was wir diesem Entwurf abgewinnen können, ist, dass es die Ineffizienz oder vielleicht auch die Wankelmütigkeit der Landesregierung aufzeigt.“ Die im Entwurf angestrebten Klimaschutzziele seien völlig unrealistisch, sie seien mit der gegenwärtigen Infrastruktur und dem Stand der Technik nicht umsetzbar. Der Entwurf sei eine gewaltige Bedrohung für den kleinen Wohlstand, den die Menschen in MV in den vergangenen 30 Jahren aufgebaut hätten.

„Der Gesetzesentwurf ist ein Bürokratiemonster, bei dem unliebsame Tatsachen ausgeblendet und die Umsetzungskosten schön gerechnet werden“,

sagte **Beate Schlupp** (CDU). Das Klimaschere sich nicht um Grenzen. „Von daher ist eine einheitliche Gesetzgebung im größtmöglichen Rahmen sinnvoll und es gibt sie auf europäischer und Bundesebene.“ Schlupp erwähnte Lücken im Entwurf bezüglich der Kosten, Wertschöpfung und Steuereinnahmen und verwies auf die mangelnde weltweite Unterstützung der Klimapolitik Deutschlands. „Von dem Gedanken, es müsse nur jemand mit starken Schultern vorangehen und die anderen werden folgen, mussten wir uns doch spätestens seit der Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland verabschieden. Niemand ist uns gefolgt“, bekräftigte Schlupp. Stattdessen fürchte Europa aktuell um den Wirtschaftsstandort Deutschland, der unter anderem durch die Energiepolitik ins Straucheln geraten sei. Ihre Anmerkungen seien kein Plädoyer dafür, nichts zu tun, vielmehr müsse unter Anerkennung der realen Verhältnisse das Richtige getan werden, betonte sie.

**Daniel Seiffert** (DIE LINKE) sagte, dass Klimaschutz und der dazu notwendige Wandel in vielen Lebensbereichen nur mit den Menschen im Land und niemals gegen sie funktionieren könne. Die Bevölkerung, die Wirtschaft und die Kommunen dürften aber nicht überfordert werden. So sei das im Entwurf vorgesehene Jahr 2035 zum Erreichen der Klimaneutralität nicht realistisch. „Ich halte das Ziel, Klimaneutralität für MV bis 2040 zu erreichen, wie dies Rot-Rot als Ziel in der Koalitionsvereinbarung festgelegt hat, schon für überaus ambitioniert und nur unter Aufbietung aller auch finanzieller Ressourcen zu erreichen.“ Seiffert warf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, in vielen Punkten die Realität ignoriert zu haben. Dazu gehöre beispielsweise die bereits umfangreich erfolgte Arbeit in der Landesverwaltung oder den unbedingt notwendigen Abstimmungsprozess zwischen allen Ressorts und zwischen der Landesregierung und den Betroffenen.

„Sie ignorieren unseren Grundsatz, dass Klima und Naturschutz nicht gegen die Menschen in unserem Land funktionieren können.“

Im grünen Entwurf des Klimaschutzgesetzes gibt es nach Ansicht der FDP-Fraktion einige Maßnahmen, die einen positiven Effekt auf den Klimaschutz haben könnten. Als Beispiel nannte **Sandy van Baal** (FDP) die sogenannte Freiflächen-Photovoltaik. Andererseits enthalte der Entwurf auch zahlreiche Regelungen, die unnötig Bürokratie verursachten und weit entfernt seien von den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen und der Unternehmen in MV. „Insbesondere beim Moorschutzparagraphen sind wir in vielen Dingen uneins mit Ihren Forderungen“, sagte sie in Richtung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Auch sei der geforderte Ausbau des ökologischen Landbaus unrealistisch und nicht umsetzbar, weil der Markt das nicht hergebe, sag-

te van Baal. Trotz solcher Kritik sei die FDP-Fraktion für die Überweisung des Entwurfs in die zuständigen Landtagsausschüsse. Sie kritisierte die Landesregierung, dass diese selbst noch keinen eigenen Entwurf vorgelegt habe. „Vielleicht führt die Ausschlussdiskussion zu einem Entwurf, der die Klimaziele pragmatisch und effizient unterstützt, ohne übermäßige Eingriffe vorzusehen.“

„Für uns als SPD ist klar: Klimaschutz ist eine Aufgabe, die wir mit den Menschen und nicht gegen sie angehen wollen“, erklärte **Falko Beitz** (SPD). So solle MV bis spätestens 2040 klimaneutral sein. Dabei sei der Dreiklang aus starker Wirtschaft, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Verantwortung die Grundlage aller Maßnahmen für das Klimaschutzgesetz MV. Dagegen sei der Entwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht ausgewogen. „Uns fehlt hier eine klare soziale und finanzielle Absicherung“, betonte Beitz. Der

Entwurf der Grünen lasse die Lebensrealität vieler Menschen in MV außer Acht. „Ein Ansatz, der sich primär auf Verbote und Vorgaben stützt, greift zu kurz.“ Laut Beitz führten die vielen Krisen der vergangenen Jahre oder die spürbare Inflation zu einer geringeren Akzeptanz klimapolitischer Maßnahmen. Diese müssten mit Fingerspitzengefühl und sozialer Ausgewogenheit gestaltet werden. Die SPD stehe für eine Klimapolitik, die für alle Menschen erlebbar ist und die für strukturschwache Regionen Perspektiven schafft.

Der Überweisungsvorschlag des Ältestenrates wurde bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 8/4265 –

## ■ Schutz jüdischer Gemeinschaft soll Staatsziel werden

Mit einem gemeinsamen Gesetzentwurf schlugen SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP eine Erweiterung des im Jahr 2007 in die Landesverfassung eingefügten Artikel 18a vor. Er steht für den staatlichen Friedenswillen und die Verfassungswidrigkeit von rassistischem oder extremistischem Gedankengut. Letzteres dehnten die Antragsteller nun auf nationalsozialistische und antisemitische Bestrebungen aus. Zudem wurde der Schutz der jüdischen Gemeinschaften sowohl als „Verpflichtung“ des Staates als auch der „Verantwortung jeder und jedes Einzelnen“ formuliert.

Diese Verfassungsergänzung löse das Versprechen „Nie wieder Faschismus!“ ein und schätze die jüdische Kultur „als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft“, begründete Julian Barlen (SPD) die Initiative.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) sprach von „einem sehr starken Zeichen“ mit dem sich das Land zur „besonderen historischen Verant-

wortung“ sowie den etwa 1.100 in MV lebenden Juden bekenne.

Beim Schutz menschlichen Lebens durch den Staat „darf es keine Hierarchien geben, erst recht nicht innerhalb der deutschen Staatsbürger“, lehnte Horst Förster (AfD) den Antrag ab.

Der eingeschlagene Weg müsse bis zum Ende gegangen werden, forderte Daniel Peters (CDU) und plädierte für „konkrete Maßnahmen“ wie eine „Antisemitismusklausel in der Kulturförderrichtlinie“.

Der Gesetzentwurf bedeute „einen Paradigmenwechsel“, betonte Jeannine Rösler (DIE LINKE), da er ein „konkreter Handlungsauftrag“ an alle sei, rassistischem, antisemitischem und nationalsozialistischem Gedankengut entgegenzutreten.

Zur Ehrlichkeit gehöre, mahnte Constanze Oehlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), dass „die größte Bedrohung für

jüdisches Leben“ im Land „von ganz rechts außen“ komme, wie die steigende Zahl rechts motivierter Straftaten verdeutliche.

Auch René Domke (FDP) reichte die Verfassungsänderung allein nicht aus, begrüßte sie aber als „einen entscheidenden Schritt“, um Antisemitismus weder in der Gesellschaft noch in den Institutionen zu dulden. Außer der AfD stimmten alle Fraktionen für die Überweisung in den Rechtsausschuss.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksache 8/4283

## Kritik an Krankenhausreform

Angesichts der finanziellen und personellen Probleme im Gesundheitswesen steht die Notwendigkeit einer Krankenhausreform außer Frage. Doch das vom Bundestag beschlossene Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz – KHVVG – erntete Kritik von Fachverbänden, der Ministerpräsidentenkonferenz-Ost und der Landes-CDU. „Die Krankenhausreform ist ein Blindflug bei schlechtem Wetter und mit wenig Benzin im Tank“, urteilte Katy Hoffmeister (CDU). Sie bedrohe die Existenz der Krankenhäuser auf dem Land, kollidiere mit der Planungshoheit der Länder und vergrößere die Bürokratie. Trotz aller Dringlichkeit bevorzuge ihre Fraktion besser kein Gesetz als dieses. Darum fordere die CDU von der Landesregierung, sich an der Anrufung des Vermittlungsausschusses zu beteiligen.

Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) lehnte dies „ganz klar“ ab. Das Gesetz sei „unvollkommen“, aber sie habe „mühsam“ Vorteile und Ausnahmen „erkämpft“. Ohne KHVVG verschärfe sich die Finanzlage der Krankenhäuser: „MV kann hierbei nur verlieren“.

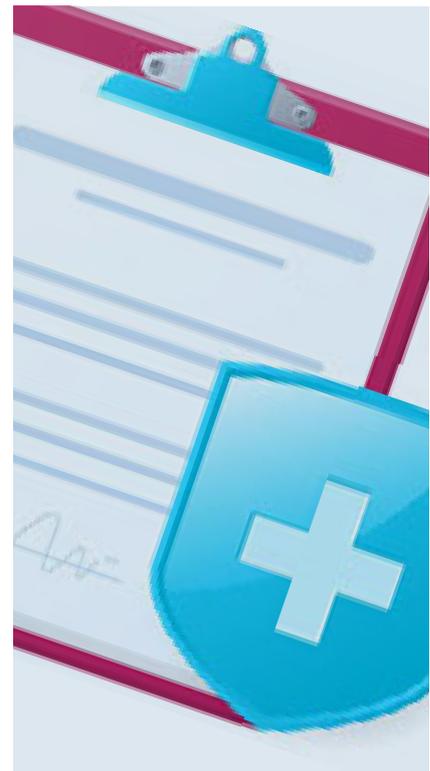
Thomas de Jesus Fernandes (AfD) kritisierte, dass die Hälfte des Transformationsfonds nicht mit Steuern, sondern durch gesetzliche Krankenversicherungen getragen würde.

Dieser Umstand sei allerdings für MV „so vorteilhaft“, erklärte Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), dass es unklug wäre, dies auszuschlagen.

Seine Fraktion sehe das KHVVG „kritisch“, gab Torsten Koplín (DIE LINKE) zu. Doch eine verzögerte Verabschiedung treibe die Krankenhäuser zwischen die „machtpolitischen Mühlsteine“ und somit in die Insolvenz.

„Grundsätzlich“ befürwortete Barbara Becker-Hornickel (FDP) den Antrag. Sie erkenne aber an, dass die Sozialministerin „eine ganze Menge“ für MV heraushandeln konnte. Darum enthalte sich die FDP.

Christine Klingohr (SPD) stellte die Vorteile der Krankenhausreform, wie bessere Behandlung, Finanzierung und Verfügbarkeit, heraus. Verzögerungen der Reform lägen nicht im Interesse von MV.



*Der Antrag wurde mit den Gegenstimmen von DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP und der Zustimmung von CDU und AfD abgelehnt.*

## Unbeschäftigte Jugendliche in Arbeit bringen

In MV müssen nach Ansicht der AfD-Fraktion wirksame Maßnahmen ergriffen werden, unbeschäftigte Jugendliche zur selbstständigen Suche nach einer beruflichen Tätigkeit zu motivieren. Etwa 3700 junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren befänden sich weder in Arbeit, einer Berufsausbildung oder einem Studium, sagte Enrico Schult (AfD). Fordern und fördern müssten in Einklang gebracht werden. Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE) verwies auf diverse Möglichkeiten für Jugendliche, damit diese auch in schwierigen persönlichen oder gesellschaftlichen Lagen die Schule mit einem Abschluss beenden können. Die Ministerin wies darüber hinaus die AfD-These zurück, dass das Bürgergeld eine unselbständige Lebensführung befördere. „Dass die Landesregierung im Bereich der Bildung zu wenig macht, das wissen wir alle“, stellte Katy Hoffmeister

(CDU) fest. Sie kritisierte jedoch gleichzeitig die AfD, die ihrer Forderung nach wirksamen Maßnahmen der Landesregierung keine konkreten Handlungsempfehlungen folgen lasse. Das Land unternimmt nach Worten von Nadine Julitz (SPD) große Anstrengung, um alle Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehen. Dabei könne es sicher auch zu Brüchen in den Biografien der Jugendlichen kommen.

„Die im Antrag benannten Maßnahmen und ihre Rigorosität halten wir allerdings für ungeeignet.“ Für Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) geht die AfD das Problem zu wenig passgenau an. „Jugendliche scheitern doch nicht freiwillig und aus Bequemlichkeit in der Schule oder in der Ausbildung.“ Dafür gebe es viele andere Ursachen wie Armut oder die Herkunft aus bildungsfernen Haushalten. „Wir

sollten jungen Menschen nicht mit der Annahme begegnen, dass sie ohne Druck nicht motiviert oder fähig sind, ihren Weg zu gehen“, bekräftigte Sandy van Baal (FDP). Sie kritisierte den Ansatz der AfD, jede Förderung durch Regeln und Misstrauen zu unterlegen. Das hemme die Selbstverantwortung. Auch Henning Foerster (DIE LINKE) bemängelte, dass dem AfD-Antrag jegliche Differenzierung bei Betrachtung und Bewertung des Problems fehle. Ein negativer Superlativ jage den anderen. Eine solche Haltung leiste keinen Beitrag für einen besseren Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf. Der Antrag wurde bei Zustimmung der AfD-Fraktion und Gegenstimmen der anderen Fraktionen abgelehnt.

*Antrag der Fraktion der AfD  
- Drucksache 8/4093 –*

## Neue Option für Moornutzung



Mordgebiet in Mecklenburg-Vorpommern

Foto: Shutterstock

Die Wiedervernässung trockengelegter Moore steht seit Langem auf der Agenda der Landesregierung, denn sie verursachen ungefähr ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen des Landes, erklärte Dr. Sylva Rahm-Präger (SPD) dem Parlament. 278.000 Hektar Moorlandschaft hätten das Potenzial zur Wiedervernässung und würden dann pro Hektar und Jahr 40 Tonnen CO<sub>2</sub> einsparen. Bislang gelang eine Revitalisierung auf etwa 35.000 Hektar, allerdings ohne Bewirtschaftung, bedauerte die Abgeordnete. Darum wollten SPD und DIE LINKE zusätzlich zur Weidewirtschaft oder dem Anbau von Paludikulturen den Weg für eine weitere Nutzungsmöglichkeit frei machen: die Installation von Photovoltaikanlagen über Mooren. Denn die Bundesregierung sehe mit dem Solarpaket 1 eine erhöhte Förderung für solche „besonderen Solaranlagen“ vor.

Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus hielt den Vorschlag für „absolut richtig“, da er durch Wasserspeicherung, Energieproduktion und Stabilisierung der Artenvielfalt zu einer Mehrfachfunktion der Moore führe. Thore Stein (AfD), aber auch Beate Schlupp (CDU) zweifelten an der Wirtschaftlichkeit sowie der Machbarkeit der technischen Installation. Beide kritisierten, dass die vom Land intensiv beworbenen Paludikulturen noch immer nicht in eine Wertschöpfungskette gemündet seien. Daniel Seiffert (DIE LINKE) verteidigte die Initiative und betonte, dass neue Nutzungsformen immer vor technischen und rechtlichen Herausforderungen stünden. Darum werde ein zu erarbeitender Handlungsleitfaden „zentral“ für die Umsetzung sein. Die Intention des Antrages wurde

von Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begrüßt. Er kritisierte das Fehlen der Umsetzungsfristen genauso wie der seit Jahren versprochenen Moorschutzstrategie. Um die Details zu erörtern, beantragte er eine Ausschussüberweisung. Diese befürwortete auch Sandy van Baal (FDP), da ihr der Antrag „zu unangereicht, ungenügend finanziert und obendrein viel zu kleinteilig“ erschien.

Die Überweisung wurde durch das Nein von SPD, DIE LINKE und AfD bei Zustimmung aller anderen Fraktionen abgelehnt. Auch ein Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN passierte nicht den Landtag, da nur der Antragsteller und die FDP dafür waren und alle anderen dagegen. Eine von Dr. Sylva Rahm-Präger mündlich vorgetragene Änderung wurde bei Enthaltung der FDP, Gegenstimmen der AfD und CDU, aber mit dem Ja von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen. Der Antrag der Regierungsfaktionen wurde durch die Befürwortung von SPD und DIE LINKE angenommen. Die AfD, CDU und FDP stimmten dagegen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielt sich.

## Mehr ökonomische Bildung in Schulen gefordert

Die FDP-Fraktion will ein Schulfach „Wirtschaft und Finanzen“ beginnend ab der Sekundarstufe 1 einführen. Es soll das bestehende Fach „Arbeit-Wirtschaft-Technik“ (AWT) ersetzen, sagte Sandy van Baal (FDP). MV liege bei der ökonomischen Bildung im bundesweiten Vergleich auf hinteren Rängen. Dabei sei ein solides wirtschaftliches Grundwissen entscheidend für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der jungen Generation. Es sei richtig, dass die ökonomische Bildung gestärkt werden müsse, erklärte Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE). Deshalb sei bereits ein Wegweiser zur Gründung von Schülerfirmen erarbeitet und eine Landeskoordinatorin eingestellt worden. Die von der FDP-Fraktion geforderten Veränderungen seien bereits Gegenstand des Unterrichts, unter anderem in AWT. Enrico Schult (AfD) kritisierte, dass es nicht reiche,

einfach ein Fach umzubenennen - so wie die FDP es wolle. Ökonomische Inhalte würden bereits in Fächern wie AWT, Sozialkunde oder auch Mathematik behandelt. Gebraucht werde eine Richtlinie, die diese Inhalte noch einmal thematisiert. Torsten Renz (CDU) bezeichnete es als unredlich, wenn die FDP so tue, als wenn in den Schulen im Bereich ökonomische Bildung gar nichts stattfindet. Das sei in großen Teilen verbindlicher Inhalt in AWT. „Dann ist es eben die Kunst oder die Methodik des Lehrers, das entsprechend zu vermitteln.“ Der Antrag zeigt nach Ansicht von Andreas Butzki (SPD) ganz eindeutig, dass die FDP ihren Markenkern stärken will. Er bezweifelte die Redlichkeit der dem Antrag zugrundeliegende Studie. „Die Schulen in MV sind im AWT-Bereich wirklich sehr gut aufgestellt“, fasste Butzki zusammen. Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bestätigte,

dass ökonomische Bildung in Schulen ein Teil der Allgemeinbildung sei. Er lehnte jedoch die Forderung nach einer Ausweitung dieser Inhalte über den aktuellen Status Quo hinaus ab. Dafür gebe es unter anderem das Fach AWT. Auch die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Jeannine Rösler, sagte, dass in AWT die ökonomische Bildung umfassend behandelt werde. Dazu gehörten auch Inhalte zur finanziellen Mündigkeit von Schülerinnen und Schülern. Sie lobte das Konzept der Förderung von Schülerfirmen, mit dem Verantwortung und unternehmerisches Denken praxisnah vermittelt werde. Der Antrag wurde bei Zustimmung der FDP, Enthaltung der CDU und AfD und Gegenstimmen von SPD, DIE LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Antrag der Fraktion der FDP  
- Drucksache 8/4270 -

## Bessere Bürgerteilnahme bei Wind- und Solarenergie

2016 war MV Vorreiter mit einem Gesetz zur Gemeinden- und Bürgerbeteiligung für Windparks. Dessen Anwendung wurde durch komplexe Regelungen und geringe Investitionsmittel der Menschen im Land erschwert. Darum arbeitet die Landesregierung an einer Novelle.

Diese wollte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht abwarten und legte dem Parlament einen eigenen Gesetzentwurf vor. Er enthielt eine Pflicht zur finanziellen Beteiligung von Gemeinden an Wind- und Solarenergieanlagen. Die „möglichst anwenderfreundliche und klare Ausgestaltung des Gesetzes“ werde die Akzeptanz für erneuerbare Energien steigern, argumentierte Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), und den „Gemeinden mehr eigene Handlungsspielräume“ einräumen. Hinzu käme der „gigantische Hebel“ von landesweiten Gewerbesteuererinnahmen in Milliardenhöhe.

Das gerade von der Landesregierung überarbeitete Gesetz enthalte vieles von dem, was BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN forderten, „aber auch weit darüber hinausgehe“, entgegnete Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) dem Antragsteller.

Auch der Falko Beitz (SPD) missfiel, dass mitten in der Arbeit zur Novellierung des Beteiligungsgesetzes, dieser mit „heißer Nadel gestrickte Entwurf“ vorgelegt werde.

Für Petra Federau (AfD) war der „größte Kritikpunkt“, dass der Bürger am Ende alle Kosten trage. Denn die Windanlagenbetreiber ließen sich die an die Gemeinden gezahlten Erlöse vom Netzbetreiber erstatten, der das wiederum auf den Verbraucher umlege.

Wolfgang Waldmüller (CDU) erkannte im Gesetzestext „grundlegende Schwachstellen“, wie die „praxisferne“ Idee eines lokalen Stromtarifs.

Leider wurde die Chance einer bundesweit einheitlichen Beteiligungsregelung verpasst, kritisierte Daniel Seiffert (DIE LINKE). Da auch eine Bundesratsinitiative scheiterte, bliebe nun nur die Anpassung des Landesrechts.

Die Handhabung der Bürgerbeteiligung hielt David Wulff (FDP) generell für „sehr staatsdirigistisch“. Der bessere Weg wäre ähnlich wie in Ländern mit Öl- oder Gasressourcen einen Staatsfonds aufzulegen.

*Am Ende stimmten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP der Überweisung zu, alle anderen Fraktionen lehnten ab, damit ist die Überweisung abgelehnt.*

*Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 8/4264*

## Jugend bei sozialem Engagement stärken

Junge Menschen sollten sich nach dem Willen der Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ stärker in der Gesellschaft engagieren können. Verbindliche Rechte für deren Beteiligung auf kommunaler und auf Landesebene sollten festgelegt werden, sagte der Kommissionsvorsitzende Christian Winter (SPD) bei der Vorstellung des Zwischenberichts nach zweieinhalbjähriger Arbeit. Auch sollte die politische Bildung an Schulen gestärkt werden.

Der AfD-Abgeordnete Thomas de Jesus Fernandes bezeichnete den Bericht als ein Dokumentschnitt halber Maßnahmen und verpasster Chancen. Die versprochene Umsetzung von Zukunftschancen sei auf halbem Weg steckengeblieben. Sozial- und Jugendministerin Stefanie Drese (SPD) bezeichnete den Bericht dagegen als eine wertvolle Leitlinie für aktuelle und künftige Schritte zur Verbesserung der Lebensbedingungen junger Menschen.

„Kindheit und Jugend sind zwar verhältnismäßig kurze Lebensphasen, aber in vielerlei Hinsicht sind es die spannendsten.“ Katy Hoffmeister (CDU) sprach sich für eine bessere Vereinbarkeit von Ehrenamt mit Schule aus. Die Integration von bürgerschaftlichem Engagement in das Schulcurriculum dürfe kein Randthema sein. „Es ist ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Bildung.“ Junge Menschen in MV zu halten und gleichzeitig auch attraktiv für Zuzug und Migration zu sein, sei essentiell für die Entwicklung des Landes, betonte Michael Noetzel (DIE LINKE).

Die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen seien zentrale gesellschaftliche und wirtschaftliche Faktoren. Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) forderte eine Strategie zur Etablierung von „jungem Ehrenamt“. Benötigt würden dauerhaft und bedarfsgerecht ausfinanzierte Strukturen der Jugendhilfe sowie Unterrichtsfreistellung zur Ausübung eines Ehrenamts. „Kinder und Jugendliche wachsen mit den Aufgaben, die man ihnen übergibt“, betonte David Wulff (FDP). So sei die vorgeschlagene Zusammenführung der Jugendleiter- und Ehrenamtskarte ein sinnvolles Signal. Beteiligung und Selbstwirksamkeitserfahrung führten dazu, dass junge Menschen Demokratie erlernen und sie zu schätzen wissen, erklärte Mandy Pfeifer (SPD). Dann könnten sie im Erwachsenenleben auch für sie einsteigen. Der erste Zwischenbericht der Enquete-Kommission wurde einstimmig für erledigt erklärt.

*Drucksache 8/4190*



Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.



Minister Reinhard Meyer:

## Maritimes Zukunftskonzept

**Sandy van Baal**, FDP: Guten Morgen, Herr Minister! Das Land will seine maritime Wirtschaft stärken. Das befürworten wir auch. Und dafür wurde ja dieses Zukunftskonzept, was Ende Oktober vorgestellt wurde, erarbeitet. Meine Frage ist: Welchen strategischen Mehrwert sieht die Landesregierung in der umfassenden Dokumentation hinsichtlich der konkreten Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung der maritimen Wirtschaft im Land?

**Minister Reinhard Meyer:** Frau Präsidentin! Sehr verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Dazu gäbe es eine Menge zu sagen, was die Zeit dieser Fragestunde und die Zeit für die Antworten, glaube ich, sprengen würde. Aber ich empfehle sehr die Lektüre dieses maritimen Zukunftskonzepts, wo ja auch sehr viele Handlungsempfehlungen für die Zukunft ab Seite 72 noch mal in der Zusammenfassung dargestellt sind.

Aber ich will noch mal auf den Mehrwert hinweisen, der darüber hinausgeht. Das ist zunächst einmal die inhaltliche Bündelung in sieben Themen, die wir identifiziert haben, die

wir gemeinsam mit den Akteuren in Mecklenburg-Vorpommern, und zwar Akteuren aus der Wirtschaft wie auch den Gewerkschaften, miteinander formuliert haben. Das ist in das Konzept mithilfe eines Gutachters dann eingeflossen, um sozusagen klar zu zeigen, wo liegt die maritime Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern. Das geht los mit dem Thema „Häfen“, weiter beim Thema „Wasserstoff und E-Fuels“, drittens „Wertschöpfung der Offshore-Windenergie“, viertens „Wirtschaftsnaher Forschung und Entwicklung“, fünftens „Innovativer Schiffbau“, sechstens etwas, was wir ein bisschen vernachlässigt haben in den letzten Jahren, „Perspektiven des deutschen Marine-schiffbaus“, und siebtens natürlich das Thema „Fachkräfte“, weil uns das überall umtreibt.

Und der große Mehrwert liegt natürlich darin sozusagen, wie so eine Art Cluster gemeinsam mit den Akteuren das auch weiter zu begleiten, dass die Handlungsempfehlungen entsprechend umgesetzt werden durch den Maritimen Zukunftsbeirat. Und die Veranstaltung am 4. November in Berlin mit der Ministerpräsidentin hat ja gezeigt, dass es gerade in Berlin immer wichtig ist, auf die maritimen Themen hinzuweisen und vor allen Dingen Verbündete zu suchen.



Sandy van Baal, FDP

**Präsidentin Birgit Hesse:** Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage dazu stellen?

**Sandy van Baal**, FDP: Ja, das hatten Sie eben auch schon angesprochen, da sind ja die Maßnahmen gut einsortiert und gut benannt. Und dahinter steht dann immer „kurz- oder mittelfristig“ oder „fortlaufend“. Was heißt das genau, kurz-/mittelfristig? Monate, Jahre? Und wie ist der, und wer kontrolliert diese Umsetzung?

**Minister Reinhard Meyer:** Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Abgeordnete! Kontrollieren wollen wir das durch den Maritimen Zukunftsbeirat. Das heißt, das Prinzip, diejenigen, die als Akteure die Themen gesetzt haben gemeinsam mit uns, diejenigen, die die Handlungsempfehlungen formuliert haben, sind auch gleichzeitig diejenigen, die letztendlich mitkontrollieren, ob wir als Landesregierung, da, wo wir gefordert sind, unsere Arbeit machen. Aber es geht eben nicht nur um die Landesregierung, sondern insgesamt um die maritime Wirtschaft, was man sich vorgenommen hat.



Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus



Wolfgang Waldmüller, CDU

## Genehmigungslage des LNG-Terminals in Mukran

**Wolfgang Waldmüller, CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Guten Morgen, Herr Dr. Backhaus! Mir ist mitgeteilt worden von meinen Kollegen, dass im Ausschuss darüber gesprochen wird, über die Genehmigungslage des LNG-Terminals in Mukran. Sie hatten da ausgeführt, dass die Errichtung einer Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage Bestandteil der Genehmigung für das LNG-Terminal Mukran ist.

Und jetzt haben wir ja erfahren, dass im Rahmen einer Sondersitzung der Stadtvertretung in Sassnitz die deutsche ReGas – Ende Oktober war das – angekündigt hat, dass sie keine Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen installieren wollen. Somit stellt sich die Frage, ob die vorhandene Genehmigung Bestand hat. Sie sagten aber auch im Ausschuss, ein einfacher Änderungsantrag ist nicht möglich, vielmehr würde eine Änderung der Anlage eine neue Genehmigung notwendig machen.

Deswegen jetzt hier die Bitte, auf die Frage zu antworten, natürlich was den aktuellen Stand angeht. Aber vor allem, welche Schritte plant die Landesregierung, falls die Deutsche ReGas auf die Errichtung der

Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage verzichtet und damit die bestehende Genehmigung möglicherweise hinfällig ist?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Ja, erstens, es ist richtig, sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Waldmüller, es ist richtig, im Juli sind wir informiert worden, dass die Deutsche ReGas die planmäßig vorgesehene Kraft-Wärme-Kopplung nicht errichten will und wird. Daraufhin haben wir klare Hinweise gegeben, dass das eine massive Veränderung des genehmigten Verfahrens darstellt und auch die entsprechenden Anträge zu stellen sind. Da hatte man dann eine Anzeige vorgenommen. Das haben wir denen dann noch mal sehr deutlich gemacht. Eine Anzeige reicht nicht, sondern es ist eine massive Veränderung des gesamten Genehmigungsverfahrens.

Und an dem Prozess wird jetzt gearbeitet. Die Deutsche ReGas hat zugesichert, dass sie entsprechende Antragsunterlagen vorlegt. Und dieses Verfahren läuft, und dann ist zu prüfen, ob und dann wie gegebenenfalls, weil es gibt ja eine Beschränkung in dem Verfahren, nämlich, dass bis zum 31.12.24 diese Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlage umzusetzen ist. Und wenn das nicht erfolgt, muss es den Nachweis geben, dass Lärmbe-

lästigung nach dem Verfahren klar geregelt ist, und zum anderen natürlich auch die Auswirkungen im Zusammenhang mit den Emissionen, insbesondere Stickoxide/Stickstoff, das heißt, die Umweltfragezeichen. Und an dem Komplex wird mit Hochdruck gearbeitet. Sollte es nicht zu einem ordnungsgemäßen Antragsverfahren und Abschluss kommen, wird das weitere Konsequenzen haben.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Waldmüller, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

**Wolfgang Waldmüller, CDU:** Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ich es jetzt richtig verstanden habe, was das Verfahren angeht. Entspricht das jetzige Verfahren einem neuen Genehmigungsantrag?

**Minister Dr. Till Backhaus:** Ja. Nach Paragraph 16 BImSchG. Und der Bund ist hier ja in der Verantwortung. Das will ich dann noch mal ausdrücklich sagen. Das LNG-Gesetz der Bundesrepublik Deutschland ist ja durch das Bundeswirtschaftsministerium aufgesetzt worden, und in dem Zusammenhang ist dieses Verfahren sauber abzuarbeiten. Es muss ein komplettes Verfahren durchgeführt werden.



Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Stand der Treibhausgasemissionen in MV

**Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Der im August 2023 veröffentlichte Energie- und CO<sub>2</sub>-Bericht 21/22 – so heißt er –, der entgegen meiner Intuition jedenfalls Daten aus den Jahren 2019 und 2020 enthält, und die Publikation „Nicht energiebedingte Treibhausgasemissionen in Mecklenburg-Vorpommern 2019 und 2020“, erschienen im November 23, das sind die letzten verfügbaren offiziellen Datenquellen der Landesregierung, wenn es um die klimarelevanten Emissionen unseres Bundeslandes geht. Sie sind also erst mit vier beziehungsweise fünf Jahren Verspätung erschienen und seither ist gar nichts mehr passiert auf dem Feld.

In der Debatte zu meinem Antrag „Erstellung eines jährlichen Klima- und Treibhausgasberichtes“ mit der Drucksache 8/253 vor drei Jahren haben Sie zwar die Notwendigkeit eines jährlichen Berichtswesens hinterfragt, aber zumindest eine zeitnahe Berichterstattung im Zweijahresturnus versprochen. Die Treibhausgasemissionsdaten in M-V sind also mittlerweile fünf Jahre alt, und das, während die Landesregierung angeblich fleißig an einem Landesklimaschutzgesetz arbeitete, offensichtlich auf dünner Datenbasis.

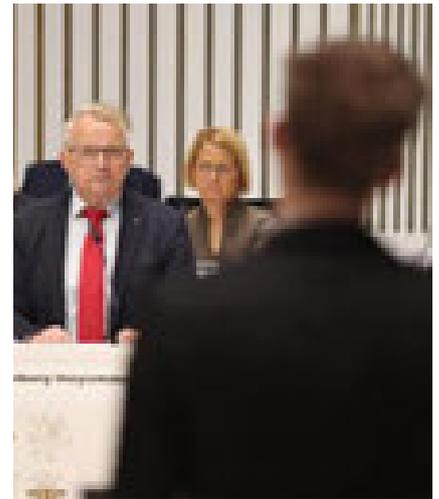
Merkwürdig auch, dass der Antrag von SPD und LINKEN zum Thema Moor-PV heute verkündet, dass die Emissionen aus Mooren in M-V inzwischen 40 Prozent der Treibhausgasemissionen ausmachen. Die in der Tat veralteten

Regierungszahlen weisen einen Anteil von einem Drittel aus, also muss folglich entweder die Regierung aktuellen Zahlenzugriff beziehungsweise auch die Regierungsfaktionen Zugriff haben oder die Kolleg/-innen haben sich verrechnet.

Aber wie dem auch sei, vor dem Hintergrund der gemachten Ausführungen frage ich Sie, wie sich die Treibhausgasemissionen in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 21, 22 und 23 in Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent pro Jahr in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft, Abfallwirtschaft sowie Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft inklusive Emissionen aus Mooren entwickelt haben.

**Minister Dr. Till Backhaus:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Damm! Im Juni 2024 wurden durch das WM die aktualisierten – Sie haben es ja angedeutet – Treibhausgasbilanzen für Mecklenburg-Vorpommern vorgelegt. Die Gesamtemissionen 2020 liegen bei 17,97 Millionen Tonnen Kohlendioxidäquivalente, und insofern sind das die aktuellsten Daten. Seit 1990 gingen insgesamt die Emissionen insgesamt um 10,45 Millionen Tonnen in Mecklenburg-Vorpommern zurück. Das sind immerhin doch 36,8 Prozent.

Und auf der anderen Seite haben wir nach wie vor – und das hatten wir gestern bei der Diskussion um das Klimaschutzgesetz ja auch –, aber eine Kernaussage ist nach wie vor, dass wir doch



Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus

im Bundesmaßstab eine relativ hohe CO<sub>2</sub>-Ausstoßfraktion haben und insofern tatsächlich für Mecklenburg-Vorpommern insbesondere die Sektoren, die will ich dann hier auch noch mal ausdrücklich angesprochen haben, die größten Quellen, die kennen Sie aber auch, sind LULUCF. Und da spielen die Moore eben eine ganz besondere Rolle. Und auf der anderen Seite sind es natürlich nach wie vor die Energiewirtschaft mit dem Steinkohlekraftwerk und es sind die Gebäude, es ist der Verkehr, es ist auch die Landwirtschaft.

Und insofern kann ich Ihnen hier und heute versichern, dass wir erkennbar feststellen, dass der bisherige Minderpfad nicht ausreicht, um die Ziele der Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, und zusätzliche Maßnahmen insbesondere bei den Emissionen im LULUCF vorangetrieben werden müssen. Und daran arbeiten wir mit Hochdruck. Das Moorschutzkonzept habe ich ja gestern auch angedeutet und auch die alternativen Nutzungsformen. Und ich glaube, dass da die wichtigsten Quellen sind, um tatsächlich zu einer massiven Reduktion zu kommen.

Aber eben in diesem Maßstab, will ich noch mal ausdrücklich betonen, wir müssen die Eigentümer mitnehmen, wir müssen die Landwirtschaft mitnehmen und wir müssen die gesamte Gesellschaft auf diese Reise mitnehmen. Und das findet in Mecklenburg-Vorpommern statt, in einem breiten Dialog. Und insofern hoffe ich, dass wir in den nächsten Jahren hier tatsächlich zu weiteren durchschlagenden Maßnahmen kommen.



Jens-Holger Schneider, AfD

Sie wissen auch, dass wir im Bereich der Landwirtschaft 35.000 Hektar mittlerweile renaturiert haben, aber wir müssen hier weiter vorankommen. Und auch in den anderen Bereichen der Erneuerbaren, das habe ich auch deutlich gemacht, was die Genehmigungsverfahren anbetrifft, sind wir, denke ich, auf einem vernünftigen Weg.

Und abschließend, ich habe diesen Bereich ja in dieser Legislaturperiode übernommen, und für uns ist auch klar, was die Berechnung anbetrifft, dass wir das in der Zukunft auch selber in Auftrag gegeben werden, um dann auch die neuesten Zahlen für unser Bundesland dann auch zur Verfügung zu haben.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Damm, möchten Sie eine Nachfrage stellen? (Zustimmung)

**Hannes Damm, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Frau Präsidentin! Herr Minister! Ich nehme jetzt mal zur Kenntnis und spare mir Nachfragen zu einzelnen Sektoren. Ich habe es richtig verstanden, die Regierung hat keine weiteren Daten erhoben nach dem Jahr 2020. Insofern können Sie mir auch nicht beantworten, vielleicht, woher die Fraktionen von SPD und LINKEN diese Zahl dann haben.

Meine Frage wäre allerdings, wenn Sie sagen, Sie wollen das in die Hand nehmen, wann wir denn mit Regierungszahlen für die Jahre dann ab 2020 endlich rechnen können.



Innenminister Christian Pegel

**Minister Dr. Till Backhaus:** Ich gehe davon aus, dass wir in 2026 dann auch Daten zur Verfügung haben werden, die aktuellsten Daten.

## ■ KI in der Landesregierung?

**Jens-Holger Schneider, AfD:** Zum Vortext: Mitte Oktober wurde mitgeteilt, dass Aleph Alpha – zur Erläuterung, das ist ein deutsches Unternehmen mit Sitz in Heidelberg – einen Millionendeal mit der Arbeitsagentur, mit der Agentur für Arbeit abgeschlossen hatte. Im Zuge dessen gab man auch bekannt, dass F13 – das ist eine spezielle KI-Plattform von Aleph Alpha – bundesweit verfügbar sei, Kosten 1,50 Euro pro Bildschirmarbeitsplatz pro Monat.

Jetzt meine Frage: Hat sich die Landesregierung nach eingehender Prüfung für die Anschaffung der Software F13 entschieden?

**Minister Christian Pegel:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, bis zur Entscheidung sind wir noch nicht, aber wir bereiten genau das vor. Wir gucken uns vor allen Dingen weniger die Arbeitsagentur, das sehen Sie mir nach, sondern zwei Bundesländer an. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sind bereits zu einer Entscheidung gelangt. Baden-Württemberg, als Heimatbundesland mit Sicherheit auch früher informiert und dichter dran, ist bereits in der Umsetzung, führt es also ein und versucht konkrete

Anwendungsbereiche für die F13 zu eruieren. Der große Vorteil ist, dass es sich um eine Künstliche Intelligenz handelt, die ausschließlich auf deutschen Servern liegt und auf deutschen Servern verarbeitet, so dass sie den großen Vorteil haben, dass sie datenschutzrechtlich an der Stelle in keine Schwierigkeiten kommen können.

Sie soll drei Funktionen jetzt schon ermöglichen, eine vierte ist im Ausbau befindlich.

Erstens soll sie Zusammenfassungen von Texten ermöglichen, und zwar im Zweifel mit Schwerpunktsetzungen von den Informationsgehalten, die mir als Nutzerin oder Nutzer wichtig sind. Sie soll Vermerkfunktionen enthalten. Sie soll also aus diversen Unterlagen Vermerke zusammenfügen können – bleibt unbenommen, dass jeweils Menschen hinterher sicherlich noch mal drüberschauen müssen. Aber es gibt offenbar aus Sicht Baden-Württembergs sehr erfolgreiche Pilotversuche damit, die die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen deutlich erleichtern.

Sie soll in großen Datenmengen Rechercheassistenten leisten können – das ist das, was Künstliche Intelligenz in der Regel ja ohnehin kann – und dann für menschliche Analysten schwer überschaubare Datenmengen für Verwaltungszwecke herunterbrechen.

Und es ist in Zukunft vorgesehen – das ist übrigens in der Erprobungsphase –, dass sie Fließtextgenerierung ermöglichen soll, also ganzheitliche Fließtexte mit zentralen Fragestellungen, die ich vorher vorgebe, erzeugt.

Wir sprechen zurzeit in zwei Richtungen. Wir sprechen zum einen mit Baden-Württemberg als Bundesland, ob wir, um nicht selber ausschreiben, selber vorgehen zu müssen, über die mit denen gemeinsam beziehen können. Da gibt es Gespräche der Staatssekretärin unseres Hauses, weil sie der CEO der Landesregierung ist, mit dem CEO der Landesregierung Baden-Württemberg, die dort beschafft haben. Und alternativ prüft offenbar auch der GovTech Campus, möglicherweise auch der IT-Planungsrat. Wir schauen also, ob wir uns an irgendeine Beschaffung dranhängen können und auf die Art und Weise für uns zumindest Modellversuche vornehmen können.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Herr Schneider, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen?

**Jens-Holger Schneider,** AfD: Ja, Sie haben schon allumfassend im Wesentlichen erklärt, auch warum, wie-

so, weshalb. Die Frage dahin gehend: In welchen Behörden können Sie sich vorstellen, dass, wenn Sie die Prüfung positiv votieren, F13 nutzbringend eingesetzt würde?

**Minister Christian Pegel:** Wenn Sie auf die ... Ach so! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, wenn Sie auf die eben genannten Funktionalitäten schauen, können Sie das in zumindest jeder Oberbehörde und jeder obersten Landesbehörde einsetzen. Wir würden es offen eingestanden allen anbieten wollen. Dann brauchen Sie immer Beteiligte, die – so profan es klingt – Lust haben, sich darauf einzulassen, denn es ist zunächst mit einem Fortbildungsaufwand verbunden. Sie müssen schon Nutzerinnen und Nutzer haben, die wissen, wie sie mit den Funktionalitäten umgehen. Wir glauben aber, dass es da zumindest Pilotbehörden geben würde.

Wir selber würden auf jeden Fall gerne draufschauen, und der Versuch wäre dann einfach mal, vor allen Dingen die Fließtextsuchen und die Vermerkfunktion auszutesten und auf die Art und Weise den Beteiligten, die bisher zum Teil mit ganz viel eigener Arbeit das leisten müssen, aber eben im Regelfall weniger Mann- und Fraustunden zur Verfügung haben, als sie bräuchten, damit die Arbeit zu erleichtern. Wir würden aber in dem Moment, wo wir etwas fest haben, es allen anbieten, in deren Bereichen das eine Rolle spielen kann.

Es mag im Übrigen auch für komplexe Planfeststellungsverfahren spannend sein, wenn ich mit der Suchfunktion Dinge zusammenfassen lassen kann, um sie zu spezifizieren. Sie kriegen ja manchmal Stellungnahmen, die auch relativ viele Randanmerkungen enthalten. Und das mal zu verdichten auf die zentralen Informationen, wäre extrem spannend.

## Neuer Konferenzbereich eingeweiht

Burgseeflügel des Schweriner Schlosses saniert

Im Schweriner Schloss wurde am 13. November der neue Konferenzbereich im 3. Obergeschoss eingeweiht. Mit einem „Dankeschön-Imbiss“ bedankten sich Landtagspräsidentin Birgit Hesse und Landtagsdirektor Armin Tebben in der neuen Lounge bei allen beteiligten Firmen sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die seit dem Beginn der Arbeiten im Jahr 2017 auf dieses Ergebnis hingearbeitet haben. Als Vorsitzender der Landespressekonferenz (LPK) dankte auch Bernd Mosebach den Anwesenden.

Der neue Konferenzbereich ist Teil der Grundsanierung des Burgseeflügels

vom 3. OG bis zum Dachgeschoss. Diese Bereiche wurden bei einem Schlossbrand 1913 stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach den Abrissarbeiten und Freilegungen im alten Plenarsaal wurde offensichtlich, dass für die sich über dem Plenarsaal befindlichen Geschoßdecken der weiteren Etagen die statische Sicherheit nicht nachgewiesen werden kann. Auch das Außenmauerwerk war so stark durch unterschiedliche Eingriffe gestört, dass es den statischen Anforderungen nicht entsprach. Aufgrund dessen wurde die Entscheidung getroffen, auch die über dem heutigen Konferenzbereich liegenden Ebenen zu sanieren.

Aus dem ehemaligen Plenarsaal und weiteren Nebenbereichen sind nach mehreren Jahren intensiver Bauarbeiten nun drei Räume geworden: Die Lounge wird künftig als Bereich für Gespräche und kleinere Veranstaltungen genutzt. In den zweiten Raum zieht die Landespressekonferenz. Hier werden künftig die wöchentlichen Pressekonferenzen abgehalten. Der dritte und größte Konferenzraum wird für die Ausschussarbeit sowie für Veranstaltungen des Landtages oder externer Nutzer zur Verfügung stehen.



Der größte Raum des neuen Konferenzbereiches soll unter anderem für Ausschusssitzungen genutzt werden.



(v.l.n.r.) Landtagsdirektor Armin Tebben, Bernd Mosebach (ZDF, Vorsitzender der LPK) und Landtagspräsidentin Birgit Hesse



Im Bereich des heutigen Konferenzbereiches befand sich bis 2017 der alte Plenarsaal.

# TAG DER OFFENEN TÜR

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN  
IM SCHWERINER SCHLOSS



EINTRITT  
**FREI**

## Wo: Schweriner Schloss

(Lennéstraße 1, 19053 Schwerin)

- \* *Besondere Räume des Schlosses besichtigen*
- \* *Arbeit des Parlaments kennenlernen*
- \* *mit Abgeordneten diskutieren*
- \* *Schlossmuseum & Schlosskirche erleben*
- \* *Unterhaltung für die ganze Familie*
- \* *für das leibliche Wohl ist gesorgt*

[www.landtag-mv.de/mitmachen](http://www.landtag-mv.de/mitmachen)

**15. Juni 2025**  
von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr



Foto: Udo Tanske

# Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2025

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1. Mi Neujahr	1. Sa	1. Sa	1. Di	1. Do Tag der Arbeit	1. So	1. Di	1. Fr	1. Mo Weltfriedenstag	1. Mi	1. Sa Allerheiligen	1. Mo
2. Do	2. So	2. So	2. Mi	2. Fr	2. Mo	2. Mi	2. Sa	2. Di	2. Do	2. So Allerseelen	2. Di
3. Fr	3. Mo	3. Mo Rosenmontag 10.	3. Do	3. Sa	3. Di	3. Do	3. So	3. Mi	3. Fr Tag der deutschen Einheit	3. Mo 45.	3. Mi
4. Sa	4. Di	4. Di	4. Fr	4. So	4. Mi	4. Fr	4. Mo	4. Do	4. Sa	4. Do	4. Do
5. So	5. Mi	5. Mi Achternhuth	5. Sa	5. Mo	5. Do	5. Sa	5. Di	5. Fr	5. So	5. Mi	5. Fr
6. Mo Heilige Drei Könige 2.	6. Do	6. Do	6. So	6. Di	6. Fr	6. So	6. Mi	6. Sa	6. Mo	6. Do	6. Sa
7. Di	7. Fr	7. Fr	7. Mo	7. Mi	7. Sa	7. Mo	7. Do	7. So	7. Di	7. Fr	7. So 2. Advent
8. Mi	8. Sa	8. Sa internationaler Frauentag	8. Di	8. Do Tag der Befreiung des deutschen Volkes von der Herrschaft des Naziregimes	8. So Pfingstsonntag 24.	8. Di	8. Fr	8. Mo	8. Mi	8. Sa	8. Mo
9. Do	9. So	9. So	9. Mi	9. Fr	9. Mo Pfingstmontag	9. Mi	9. Sa	9. Di	9. Do	9. So	9. Di
10. Fr	10. Mo	10. Mo	10. Do	10. So	10. Di	10. Do	10. So	10. Mi	10. Fr	10. Mo	10. Do
11. Sa	11. Di	11. Di Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus	11. Fr	11. So	11. Mi	11. Fr	11. Mo	11. Do	11. Sa	11. Do	11. Do
12. So	12. Mi	12. Mi	12. Sa	12. Mo	12. Do	12. Sa	12. Di	12. Fr	12. So	12. Mi	12. Fr
13. Mo	13. Do	13. Do	13. So	13. Di	13. Fr	13. So	13. Mi	13. Sa	13. Mo	13. Do	13. Sa
14. Di	14. Fr	14. Fr	14. Mo	14. Mi	14. Sa	14. Mo	14. Do	14. So	14. Di	14. Fr	14. So 3. Advent
15. Mi	15. Sa	15. Sa	15. Di	15. Do	15. So	15. Di	15. Fr	15. Mo	15. Mi	15. Sa	15. Mo
16. Do	16. So	16. So	16. Mi	16. Fr	16. Mo	16. Mi	16. So	16. Di	16. Do	16. So Volkstrauertag	16. Do
17. Fr	17. Mo	17. Mo	17. Do	17. Sa	17. Di	17. Do	17. So	17. Mi	17. Fr	17. Mo	17. Mi
18. Sa	18. Di	18. Di	18. Fr	18. So	18. Mi	18. Fr	18. Mo	18. Do	18. Sa	18. Di	18. Do
19. So	19. Mi	19. Mi	19. Sa	19. Mo	19. Do	19. Sa	19. Di	19. Fr	19. So	19. Mi Ruhe- und Feiertag	19. Fr
20. Mo	20. Do	20. Do	20. So	20. Di	20. Fr	20. So	20. Mi	20. Sa	20. Mo	20. Do	20. Sa
21. Di	21. Fr	21. Fr	21. Mo	21. Mi	21. Sa	21. Mo	21. Do	21. So	21. Di	21. Fr	21. So 4. Advent
22. Mi	22. Sa	22. Sa	22. Di	22. Do	22. So	22. Di	22. Fr	22. Mo	22. Mi	22. Sa	22. Mo
23. Do	23. So	23. So	23. Mi	23. Fr	23. Mo	23. Mi	23. Sa	23. Di	23. Do	23. So	23. Di
24. Fr	24. Mo	24. Mo	24. Do	24. Sa	24. Di	24. Do	24. So	24. Mi	24. Fr	24. Mo	24. Mi Heiligabend
25. Sa	25. Di	25. Di	25. Fr	25. So	25. Mi	25. Fr	25. Mo	25. Do	25. Sa	25. Di	25. Do 1. Weihnachtstag
26. So	26. Mi	26. Mi	26. Sa	26. Mo	26. Do	26. Sa	26. Di	26. Fr	26. So	26. Mi	26. Fr 2. Weihnachtstag
27. Mo	27. Do	27. Do	27. So	27. Di	27. Fr	27. So	27. Mi	27. Sa	27. Mo	27. Do	27. Sa
28. Di	28. Fr	28. Fr	28. Mo	28. Mi	28. Sa	28. Mo	28. Do	28. So	28. Di	28. Fr	28. So
29. Mi	29. Sa	29. Sa	29. Di	29. Do	29. So	29. Di	29. Fr	29. Mo	29. Mi	29. Sa	29. Mo
30. Do	30. So	30. So	30. Mi	30. Fr	30. Mo	30. Mi	30. Sa	30. Di	30. Do	30. So	30. Di
31. Fr	31. Mo	31. Mo	31. Do	31. Sa	31. Di	31. Do	31. So	31. Mi	31. Fr	31. Mo	31. Mi Silvester

 Sitzungswochen Landtagsausschüsse  
 Sitzungswochen Landtag  
 Tagungswochen Deutscher Bundestag  
 Plenarsitzungen Bundesrat  
 Für Veranstaltungen der Fraktionen, die Wahlkreisarbeit und Sonder Sitzungen der Ausschüsse reservierte Zeit.  
 Sitzungswochen  
 Sitzungswochen  
 Sitzungswochen

Schloss, Lennestraße 1, 19053 Schwern  
 Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121  
 E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de  
 Stand: 22. Mai 2024



# Laufende Gesetzgebung

Stand: 25. November 2024

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/4068	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes, des Landesverwaltungskostengesetzes und der Vollstreckungszuständigkeits- und -kostenlandesverordnung	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 25.09.2024 in Beratung
8/4097	Entwurf eines Gesetzes über die Bildung von Berufs-akademien in Mecklenburg-Vorpommern (Berufsakademiegesetz Mecklenburg-Vorpommern – BAG M-V)	Landesregierung	Wissenschafts- und Europaausschuss	1. Lesung: 25.09.2024 in Beratung
8/4098	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Pflegestudienstärkungsgesetzes und weiterer Gesetze für Gesundheitsfachberufe	Landesregierung	Sozialausschuss	1. Lesung: 25.09.2024 in Beratung
8/4261	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Landesregierung	Bildungsausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4262	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Industrie- und Handelskammern für das Land Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4263	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bauproduktenmarktüberwachungsgesetzes, der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern, des Architekten- und Ingenieurgesetzes und der Kommunalverfassung	Landesregierung	Innenausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung
8/4264	Entwurf eines Gesetzes über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an Wind- und Solarparks	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4265	Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Klimaschutzgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	-	1. Lesung: 13.11.2024 Ablehnung der Überweisung
8/4283	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP	Rechtsausschuss	1. Lesung: 13.11.2024 in Beratung

# Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 13. November 2024 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/3855	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Personalvertretungsgesetzes	SPD, DIE LINKE	1. Lesung: 10.07.2024 2. Lesung: 13.11.2024	Annahme

## Gefahr durch Verkehr

**Petitionsausschuss** bei Ortstermin in Neu Jabel

Petitionsausschuss

Der Petitionsausschuss traf sich am 6. November in Neu Jabel (Gemeinde Vielank), um sich einen Überblick von der Verkehrssituation zu verschaffen. Neu Jabel liegt an der hochfrequentierten L 06. Dort befindet sich auch die Bushaltestelle, die die Schulkinder täglich erreichen müssen.



Mitglieder des Petitionsausschusses im Austausch mit dem Petenten und den zuständigen Behörden. Foto: Landtag M-V

Trotz der angeordneten 50 km/h würden viele Auto- und Lkw-Fahrer zu schnell fahren, sodass die Kinder einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind. Daher haben die Abgeordneten mit dem Anwohner, der sich an den Petitionsausschuss gewandt hatte, aber auch mit der Bürgermeisterin der Gemeinde Vielank sowie Vertretern des Amtes Dömitz-Malliß, des Landkreises Ludwigslust-Parchim und des Verkehrsministeriums erörtert, welche Möglichkeiten es gibt, die vom Straßenverkehr ausgehenden Gefahren zu minimieren.

Während der Ausschussberatung wurde deutlich, dass die Gemeinde, das Amt und der Landkreis bereits Maßnahmen umgesetzt haben, um den Verkehr zu beruhigen. Nach ihrer Ansicht sind diese aber noch nicht ausreichend. Daher würden sie weitere straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen befürworten, deren Umsetzung bisher aber an den gesetzlichen Rahmenbedingungen scheitert. Seitens des Verkehrsministeriums wurde darauf hingewiesen, dass zwar die straßenverkehrsrechtlichen Bundesvorschriften in diesem Jahr geändert worden seien, es aber noch nicht absehbar sei, in welchem Umfang Neu Jabel davon profitieren könne.

Im weiteren Verlauf des Ortstermins wurden auch bauliche Veränderungen diskutiert. Im Ergebnis dieses Austausches haben sich die Beteiligten darauf verständigt, hierzu eine Stellungnahme vom zuständigen Straßenbauamt als Straßenbaulastträger einzuholen. Bei der Verkehrsschau ist ebenso ersichtlich geworden, dass eine Ortstafel versetzt muss. Der Landkreis hat hierzu eine Prüfung zugesagt. Zudem wird er auch klären, ob eine Geschwindigkeitsreduzierung vor der Ortseinfahrt angeordnet werden kann. Sobald die Antworten vom Straßenbauamt und dem Landkreis vorliegen, wird der Petitionsausschuss die Petition erneut beraten.

## Informationsbesuch

**Innenausschuss** bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes MV

Innenausschuss



Die Mitglieder des Innenausschusses vor der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow. Foto: Landtag M-V

Am 7. November 2024 besuchte der Ausschuss für Inneres, Bau und Digitalisierung die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes MV in Güst-

row und informierte sich zu den aktuellen Gegebenheiten, Erfordernissen und Zukunftsplänen der Fachhochschule.

Vertreterinnen und Vertreter der Fachhochschule berichteten dazu dem Ausschuss und beantworteten die Fragen der Ausschussmitglieder. Der Betrieb der Fachhochschule habe im Jahr 1991 begonnen. Die Fachhochschule biete Ausbildungen und Studiengänge in den Bereichen Allgemeine Verwaltung, Polizei und Rechtspflege an. Die Verwaltungsausbildung erfolge für das Land sowie den kommunalen Bereich. Das Institut für Fortbildung und Verwaltungsmodernisierung sei für die Fortbildung insbesondere der allgemeinen Landesverwaltung zuständig. Am Ausbildungsinstitut für die Kommunal- und Landesverwaltung würden berufsbegleitende Fortbildungslehrgänge nach dem Berufsbildungsgesetz angeboten. Der Fachbereich Polizei sei verantwortlich

für alle Fortbildungsmaßnahmen, die in der Landespolizei MV umgesetzt werden sollten. Die Fachhochschule sei zudem im Forschungsbereich tätig.

Die Liegenschaft umfasse 15 Hektar Fläche und es würden 17 Gebäude genutzt. Die Fachhochschule verfüge über 445 Wohnheimplätze für Studierende und Auszubildende sowie 247 Wohnheimplätze für Fortzubildende, Lehrende und temporär für Polizeieinsätze. Seit 1995 habe es zahlreiche bauliche Maßnahmen im Umfang von 79,9 Mio. Euro gegeben. Bei allen Baumaßnahmen müsse darauf Rücksicht genommen werden, dass die Liegenschaft dem Denkmalschutz unterliege. Seit 2019 habe es einige Entwicklungen des Campus gegeben. So seien eine Inbetriebnahme der Raumschießanlage, eine Teilsanierung der Goldberger Str. 8 als Interimsgebäude, eine Grundsanierung des Sportplatzes und des Gebäudes 9 für den Fachbereich Polizei und den polizeiärztlichen Dienst des Landesamtes für Zentrale Aufgaben und Technik der Polizei, Brand- und Katastrophenschutz (LPBK), die technische Ausstattung von Seminarräumen mit interaktiven Systemen sowie die Ausstattung von Seminarräumen mit hybrider Technik erfolgt. Erforderlich seien auch Baumaßnahmen an den Gebäuden 13 und 14. Prioritär sei derzeit aber die Sa-

nierung des Lehrgebäudes 2. Dieses verfüge über keine strukturierte Verkabelung und es sei kein WLAN vorhanden. Zudem weise der Boden eine Schadstoffbelastung auf, aus der neben einer Geruchsbelastung auch Gesundheitsgefahren resultierten.

Derzeit gebe es an der Fachhochschule 554 Studierende, 354 Auszubildende und 93 Teilnehmende an Weiterqualifizierungen. Die Fachhochschule verfüge zudem aktuell über 116 hauptamtlich Lehrende. 15 Prozent der Lehrenden seien abgeordnet. Die Anzahl der Studierenden und Auszubildenden an der Fachhochschule habe mit den Jahren zugenommen und sich im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2015 verdoppelt. Aufgrund der Coronapandemie seien die Zahlen seit 2020 wieder rückläufig.

Im Rahmen der Nachwuchskräftegewinnung werde ein Ferientrainingstag angeboten, an dem Interessierte in den Ferien in den Bereichen Sport, Vorstellungsgespräch und kognitiver Leistungstest proben und trainieren könnten. Sehr medienwirksam sei der „Polizeitest auf Reisen“, der es Bewerbern ermögliche, die Aufnahmetests in ihrer Heimatregion zu absolvieren. Begonnen worden sei in Stralsund

und Wismar, im Jahr 2024 habe dieser in Ludwigslust und Neubrandenburg stattgefunden. Im Dezember 2024 solle zum ersten Mal das „Bewerbst raining am Abend“ stattfinden.

Für mehr Attraktivität solle der im Oktober 2022 eingeführte Y-Studiengang im Polizeibereich sorgen, der ab dem 3. Semester eine Spezialisierung auf den Bereich der Schutzpolizei oder den Kriminalpolizeibereich ermögliche. Seit Oktober 2024 werde zudem der neue Studiengang des Aufstiegsbachelors in der Verwaltung angeboten. Mit diesem verkürzten Studium über zwei Jahre solle auch im Verwaltungsbereich ein Aufstieg vom ehemals mittleren in den gehobenen Dienst ermöglicht werden. Des Weiteren solle ab September 2025 eine neue Anwärterausbildung zum Justizfachwirt im zukünftigen Bereich Justiz angeboten werden. Diese solle die zweieinhalbjährige Ausbildung der Justizfachangestellten ersetzen.

Abschließend besichtigte der Innenausschuss das Gelände der Fachhochschule und insbesondere das Gebäude für das Einsatztraining, die Sporthalle, die Schießanlage, das neu sanierte Gebäude 9 sowie das Lehrgebäude 2.

## JVA Bützow

**Rechtsausschusses** verschaffte sich vor Ort einen Eindruck



MdL Constanze Oehlich, Stefan Meyer, MdL Sebastian Ehlers, MdL Philipp da Cunha, Justizministerin Jacqueline Bernhardt, MdL René Domke, Frank Grotjohann, MdL Michael Noetzel, MdL Birgit Hegenkötter, MdL Lange, MdL Horst Förster (v.l.n.r.)

Foto: Landtag M-V

Am 6. November besuchte der Rechtsausschusses unter der Leitung des Vorsitzenden Michael Noetzel (DIE LINKE) die Justizvollzugsanstalt Bützow und machte sich einen persönlichen Eindruck von der Anstalt, in der sowohl Frauen als auch Männer einsitzen. Auch der Vertreter des

Anstaltsbeirats Stephan Meyer nahm an der Sondersitzung teil.

Die Teilnehmenden wurden zunächst durch die Justizministerin Jacqueline Bernhardt und den Anstaltsleiter Frank Grotjohann begrüßt. Es folgte ein gemeinsamer Rundgang zum Schulbereich. Der Ausschuss ließ sich über die Möglichkeiten eines Schulabschlusses sowie über die Möglichkeit der Berufsausbildung informieren. So bestünde die Möglichkeit, eine Berufsausbildung u.a. in den Bereichen Tischlerei, Bäckerei, Friseur und Schneiderei zu absolvieren. Die maximal zur Verfügung stehenden Plätze seien dabei nicht ausgeschöpft durch die Insassen und Insassinnen. Die Attraktivität der Ausbildungsberufe sei auch – wie außerhalb der Einrichtung – in der Anstalt pro-

blematisch. In Zukunft plane die Anstalt, die Ausbildungsmöglichkeiten weniger geschlechterspezifisch anzubieten. Des Weiteren stünden in der Freizeit verschiedene Sportangebote für die Insassen und Insassinnen zur Verfügung.

Im Anschluss besichtigte der Ausschuss den C-Flügel (aktuelle Unterbringung der Frauen) und B-Flügel (zukünftige Unterbringung der Frauen nach Bauabschluss). Der Ausschuss wurde darüber informiert, dass der Frauenbereich das erste Mal unterbelegt sei, was eine Ausnahme darstelle. Im B-Flügel würden 63 Hafträume

errichtet werden, davon 45 für Frauen und 18 für Männer. Den Großteil machten Einzelhafträume aus. In den Hafträumen werde modernste Technik verbaut, um so auch u.a. Strom- und Wasserkosten zu senken. Die Möbel für die Hafträume würden von den Insassen in der Tischlerei hergestellt werden. Außerdem würden auf den geräumigen Fluren Begegnungsstationen für die Gefangenen geschaffen werden. Schließlich würden die neuen Hafträume auch verbesserte Bedingungen für die Unterbringung von Gefangenen während der Transporte zwischen den Anstalten erhalten.

Abschließend folgte ein Abschlussgespräch im Konferenzraum, an dem auch der Vertreter des örtlichen Personalrats Mathias Stüwe-Banhagel teilnahm. Inhaltlich ging es vor allem um die aktuelle Personalsituation sowie um die geplanten Baumaßnahmen und Vorhaben der Anstalt. So plane die Anstalt den Schul- und Ausbildungsbereich sowie die Pforte für die Besucherinnen und Besucher umzubauen. Außerdem solle nächstes Jahr Landwirtschaft in Form von Gemüseanbau betrieben werden.

## Altenparlament

Zum 13. Mal tagte das Gremium im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

**Am 21. November fand das 13. Altenparlament statt. Alle zwei Jahre bietet diese besondere Veranstaltung Seniorinnen und Senioren aus MV die Möglichkeit, auf den Stühlen der Abgeordneten Platz im Plenarsaal zu nehmen und ihre Anliegen zur Sprache zu bringen. Organisiert wird das Altenparlament vom Seniorenbeirat in Zusammenarbeit mit dem Landtag MV.**

Die zweite Vizepräsidentin des Landtages, Elke-Annette Schmidt, hieß die 71 Delegierten aus fast 30 Vereinen, Verbänden und Seniorenorganisationen des Bundeslandes herzlich willkommen und unterstrich in ihrer Rede die Bedeutung des Formats: „Würde im Alter bedeutet auch, dass ältere Menschen in unserer Gesellschaft nicht unsichtbar werden dürfen. (...) Mit Ihrer Arbeit machen Sie deutlich, dass Sie Ihre Rolle als Berater, Impulsgeber und nicht zuletzt als kritischer Begleiter der Politik im Land sehr ernst nehmen.“

### Leitanträge und Resolution

Nach der Begrüßung diskutierten die Delegierten aus verschiedenen Seniorenorganisationen und -vereinen über aktuelle Themen, die ihnen besonders am Herzen liegen, stellten Anträge und verabschiedeten am Ende der Sitzung konkrete Beschlüsse. Im Mittelpunkt der diesjährigen Sitzung standen drei Leitanträge, die in Arbeitskreisen intensiv bearbeitet wurden:

- Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in MV bis ins hohe Alter unter besonderer Beachtung des ländlichen Raumes (Haus- und Fachärztliche und geriatrische Versorgung)
- Entwicklung einer Landespflegestrategie
- Seniorengerechte Infrastruktur mit Hilfe von KI ausbauen

Zusätzlich wurde eine Resolution zum Thema „Stand der Mobilitätsoffensive MV“ verabschiedet.

### Austausch mit Vertretern der Politik

Ein wesentlicher Bestandteil des Altenparlamentes war der direkte Dialog mit den seniorenpolitischen Sprechern der Fraktionen. Diese nahmen Stellung zu den Beschlüssen des 12. Altenparlamentes, erläuterten ihre Positionen und standen den Teilnehmenden Rede und Antwort. Die Ergebnisse der Diskussionen fließen nun in Form von Beschlüssen an die Fraktionen und die Landesregierung, um konkrete Maßnahmen auf politischer Ebene anzustoßen. Das nächste Altenparlament wird im Herbst 2026 stattfinden.

**Hintergrund:** Altenparlamente tagen in MV seit 1999 im Abstand von 2 Jahren. Seit 2010 ist dies im Seniorenmitwirkungsgesetz festgeschrieben. Im § 4 wird das Altenparlament als Forum der Mitwirkung der älteren Generation an Entscheidungsprozessen, die ihre Lebenssituation und ihr direktes Lebensumfeld betreffen, benannt.



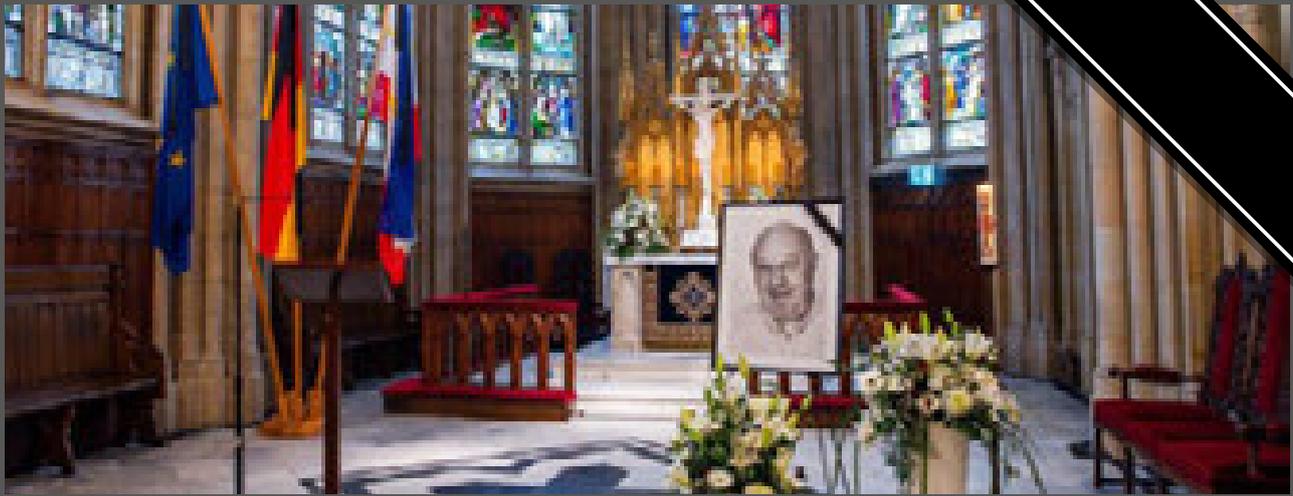
Der älteste Delegierte, Ulrich Haesner (2.v.l., 96 Jahre) wurde im Rahmen des 13. Altenparlamentes geehrt. Er hat noch kein Altenparlament verpasst.



Das Präsidium des Altenparlamentes (v.l.n.r.): Brigitte Seifert, Joachim Kießling und Martin Birkholz mit der Sozialministerin Stefanie Drese (Mitte) und der 2. Vizepräsidentin des Landtages Elke-Annette Schmidt (2.v.r.).



Christiane Berg (CDU) im Gespräch mit den Delegierten.



Der Trauerstaatsakt zu Ehren des ehemaligen Landtagspräsidenten Rainer Prachtl fand in der Schlosskirche im Schweriner Schloss statt.

## Trauerstaatsakt

Zu Ehren des ersten Landtagspräsidenten Rainer Prachtl

Mit einem Trauerstaatsakt hat das Land Mecklenburg-Vorpommern am 12. November Abschied von seinem ersten Landtagspräsidenten Rainer Prachtl genommen, der im Oktober dieses Jahres im Alter von 74 Jahren verstorben ist. In der Schweriner Schlosskirche versammelten sich Angehörige, Abgeordnete und Wegbegleiter Prachtls, um des langjährigen Parlamentarier zu gedenken. In ihrer Rede erinnerte Landtagspräsidentin Birgit Hesse an seine bedeutende Rolle und seinen Einsatz für Mecklenburg-Vorpommern:

„Rainer Prachtl war ein in allen politischen Lagern geschätzter Mann, der an maßgeblicher Stelle und stets überparteilich daran mitgewirkt hat, unserem Bundesland Gestalt zu geben. Er fühlte sich zu jeder Zeit den Menschen verpflichtet – privat, in der Politik und im Ehrenamt. Seine für unser Land geleistete und immens wichtige Arbeit werden wir ihm niemals vergessen. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern wird seinem ersten Präsidenten ein ehrenvolles Andenken bewahren.“

Auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Eckhardt Rehberg, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages und des Landtages MV, würdigten Rainer Prachtl in ihren Reden für sein politisches Wirken und seinen Einsatz für die Gesellschaft. Umrahmt wurde die Gedenkveranstaltung mit Musikstücken von Johann Sebastian Bach, Georg Friedrich Händel und Franz Schubert. Anlässlich des Trauerstaatsaktes wurden die Flaggen vor dem Schweriner Schloss und an den Dienststellen landesweit auf halbmast gesetzt.



Ministerpräsidentin  
Manuela Schwesig



Eckhardt Rehberg,  
ehemaliger Bundes-  
tagsabgeordneter



Landtagspräsidentin  
Birgit Hesse



Zahlreiche Gäste nahmen Abschied von Rainer Prachtl.



In stillem Gedenken wurde an sein politisches Wirken erinnert.



## WEIHNACHTEN IM WELTERBE

Vom 13. - 22. Dezember 2024  
täglich geöffnet 11 bis 21 Uhr

# PROGRAMM 2024

Es wird weihnachtlich – mit Rock und Blasmusik

FREITAG, 13. DEZEMBER



Rome at Dawn/WESTKAPELLE

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
14–15 Uhr, Blechbläser der  
Mecklenburgischen Staatskapelle  
16–17 Uhr, MeckAlp  
ab 19 Uhr, Rome at Dawn/  
WESTKAPELLE

MITTWOCH, 18. DEZEMBER



Posaunenwerk

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
15–16 Uhr, Posaunenwerk MV  
ab 18 Uhr, Sconehead

DONNERSTAG, 19. DEZEMBER

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
15–16 Uhr, Posaunenwerk MV  
ab 18 Uhr, Sconehead

FREITAG, 20. DEZEMBER



Schlossverein

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
16–17 Uhr, Blechbläsergruppe  
Schwerin-Wismar  
ab 19 Uhr, True-Light

SAMSTAG, 21. DEZEMBER



Frank von Morstein

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
13.30–14.30 Uhr, Blechbläser der  
Mecklenburgischen Staatskapelle  
17–18 Uhr, Schornsteinfeger Frank  
von Morstein mit Geige  
ab 19 Uhr, Mario Neumeister

SAMSTAG, 14. DEZEMBER



15. Dezember: Schwerin singt

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
13.30–14.30 Uhr, Blechbläser  
der Mecklenburgischen Staatskapelle  
ab 19 Uhr, Mario Neumeister

SONNTAG, 15. DEZEMBER



Sconehead

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
15–16 Uhr, Blechbläser der  
Mecklenburgischen Staatskapelle  
18 Uhr, Schwerin singt - Alter Garten  
ab 19.30 Uhr, Danny Buller

MONTAG, 16. DEZEMBER



Atmosphäre

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
15–16 Uhr, Posaunenwerk MV  
ab 18 Uhr, Sconehead

DIENSTAG, 17. DEZEMBER

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
15–16 Uhr, Posaunenwerk MV  
ab 18 Uhr, Blasorchester Bankzow  
ab 19 Uhr, Sconehead

SONNTAG, 22. DEZEMBER



Danny Buller

11–13 Uhr, Drehorgelorchester  
14.30–15.30 Uhr, Blechbläser der  
Mecklenburgischen Staatskapelle  
ab 16 Uhr, Danny Buller

Änderungen vorbehalten

## Wichernkranz aufgestellt

### Traditionelles Warten auf Weihnachten

Am 28. November wurde mit der traditionellen Übergabe des Wichernkranzes der Beginn der Adventszeit im Schweriner Schloss eingeläutet. Bereits seit einigen Jahren übergibt das Diakonische Werk MV den Wichernkranz in der Schlosskirche an Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Gemeinsam mit Abgeordneten des Landtages stellte sie während einer feierlichen Zeremonie die erste Kerze auf. Zusätzlich sorgte die Gruppe der „Wackelzähne“ aus der Schweriner „Bärenkinder“-Kita mit ihrem Gesang und Tanz für eine besonders schöne Atmosphäre. Der Wichernkranz hat seinen Ursprung im 19. Jahrhundert. Er besteht aus einem Holzkranz mit vier großen Kerzen, welche die vier Adventssonntage repräsentieren, sowie 19 kleinen Kerzen, die für die Tage bis Heiligabend stehen. Der Kranz ist ein Symbol der Vorfriede und des gemeinsamen Wartens auf Weihnachten.



# KALENDER QUIZ

UNTER ALLEN RICHTIGEN EINSENDUNGEN VERLOSEN WIR 20 WANDKALENDER DES LANDTAGES VON MECKLENBURG-VORPOMMERN.

**1 WAS GEHÖRT ZU DEN AUFGABEN DES MV-LANDESPARLAMENTS?**

**F** Den Landeshaushalt beschließen

**N** Gesetze für die Bundesrepublik Deutschland verabschieden

**M** Das Grundgesetz ändern

**2 WELCHE DIESER PARTEIEN IST IM LANDTAG MV VERTRETEN?**

**E** Freie Wähler

**S** BSW

**A** FDP

**3 WER IST DIE/DER OBERSTE REPRÄSENTANT (IN) DES LANDTAGS?**

**T** Direktor:in des Landtages

**B** Landtagspräsident:in

**E** Ministerpräsident:in

**4 VEREINFACHT GESAGT: WAS FÜR MV DER LANDTAG, IST FÜR DIE BUNDESREPUBLIK ...**

**L** Die Bundesversammlung

**S** Die Bundesregierung

**E** Der Bundestag

**5 WER SITZT NICHT IM ÄLTESTENRAT DES LANDTAGS?**

**L** Alle Abgeordneten, die seit mindestens 20 Jahren im Parlament sitzen

**U** Die parlamentarischen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen

**D** Der Präsident oder die Präsidentin

**6 AUF WELCHE WEISE KÖNNEN BÜRGERINNEN UND BÜRGER POLITIK AKTIV MITGESTALTEN?**

**E** Durch den Besuch einer Landtagsitzung

**M** Durch ein Rederecht in Plenardebatten

**H** Durch Volksbegehren und Volksentscheide

**7 DAS SCHWERINER SCHLOSS IST DER SITZ DES LANDTAGES MECKLENBURG-VORPOMMERN. WELCHE FUNKTION HATTE DAS SCHLOSS FRÜHER?**

**N** Sitz einer Sternwarte und eines Planetariums

**O** Sitz einer bedeutenden Porzellanwerkstatt

**A** Sitz der Residenz der mecklenburgischen Herzöge und Großherzöge

**8 WANN FAND DIE ERSTE SITZUNG DES LANDTAGES MECKLENBURG-VORPOMMERN NACH DER WIEDERVEREINIGUNG STATT?**

**F** 26. Oktober 1990

**B** 27. Mai 1986

**P** 6. Dezember 1991

**9 WAS IST EINE PETITION?**

**T** Eine Petition ist eine Beschwerde oder eine Bitte an den Landtag

**U** Zwischenrufe von Abgeordneten im Plenum

**X** Frage an die Ministerpräsidentin



Bitte senden Sie das Lösungswort gemeinsam mit Ihrer Adresse per Postkarte oder per mail (landtagsnachrichten@landtag-mv.de) an den Landtag MV. Einsendeschluss: 15.01.2025

Die Gewinner werden schriftlich benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Adressen werden nach der Verlosung nicht gespeichert oder an Dritte weitergegeben.

Bitte nicht vergessen:

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Stadt

Telefon oder eMail

Lösungswort:

1	2	3	4	5	6	7	8	9

Kalender „Faszinierendes Mecklenburg-Vorpommern“

Bitte ausreichend frankieren

Landtag MV  
 Öffentlichkeitsarbeit  
 Lennéstraße 1 / Schloss  
 19053 Schwerin



Anlässlich des Volkstrauertages hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern am 17. November eine Gedenkstunde abgehalten. Bereits am Morgen hatte Landtagspräsidentin Birgit Hesse auf dem Alten Friedhof in Schwerin einen Kranz in Gedenken niedergelegt. Im Schweriner Schloss begrüßte sie die Gäste und betonte die Bedeutung des Tages:



„Der Volkstrauertag erinnert uns an die unermesslichen Leiden, die Krieg mit sich bringt. Der Tag ruft uns zugleich ins Bewusstsein, dass Frieden und Freiheit nicht überall gegeben sind. Den unschuldigen Opfern kriegerischer Auseinandersetzungen und Gewaltherrschaften sind wir es schuldig, dass wir unsere Lehren aus der Vergangenheit ziehen. Lassen Sie uns den Mut haben, unbequeme Gespräche zu führen und Brücken zu bauen, wo Mauern zu wachsen drohen. Lassen Sie uns unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden, damit sich die dunklen Kapitel unserer Geschichte niemals wiederholen.“



Auch Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Dr. Margret Seemann, stellv. Landesvorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, betonten anlässlich des Tages die gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung. Die Gedenkrede hielt Prof. Dr. Oliver Plessow von der Universität Rostock. Schülerinnen der Europaschule Rövershagen präsentierten zudem einen Bericht, der im Rahmen der AG „Kriegsgräber“ erarbeitet wurde. Beim traditionellen Totengedenken würdigte Dr. Norbert Nagler, Leiter des Katholischen Büros MV, schließlich all jene Menschen, die Opfer von Krieg und Gewalt wurden. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Holzbläserquintett des Landespolizeiorchesters Mecklenburg-Vorpommern.



## VIEL GLÜCK BEIM KALENDER QUIZ



LANDTAG  
Mecklenburg-Vorpommern